

mittelstands magazin

DAS MAGAZIN DER **MIT**
FÜR ENTSCHEIDER IN
WIRTSCHAFT UND POLITIK

01
2026

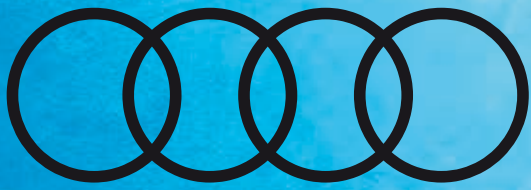
MÄRZ 2026
WWW.MIT-BUND.DE
ISSN 1865-8873

WEICHENSTELLUNG FÜR DEUTSCHLAND

38. CDU-PARTEITAG SETZT KLAREN KURS
FÜR UNSER LAND

VERANTWORTUNG
VERPFLICHTET





Neues beginnt hier.

Jetzt Angebot bis 31.03.2026 sichern.



ab **499 €**
pro Monat zzgl. MwSt.

Für Businesskunden¹: der Audi A6 Avant TFSI 150 kW*.

*Kraftstoffverbrauch (kombiniert): 7,2 l/100 km; CO₂-Emissionen (kombiniert): 163 g/km; CO₂-Klasse: F

Ausstattung: 5-Doppelspeichen Leichtmetallfelge 19“, Exterieur S line, S-Sportfahrwerk, Einparkhilfe plus mit Distanzanzeige, Audi Soundsystem, Außenfarbe Ascariblau Metallic, u.v.m.

Leistung:	150 kW (204 PS)
Vertragslaufzeit:	48 Monate
Jährliche Fahrleistung:	10.000 km
Sonderzahlung:	0 €

Ein Angebot der Audi Leasing, Zweigniederlassung der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorner Straße 57, 38112 Braunschweig, für Businesskunden. Zzgl. Auslieferungskosten und MwSt. Bonität vorausgesetzt. Gültig bis zum 31.03.2026.

Aktion nur gültig bei Zulassung bis 31.12.2026. Nur bei teilnehmenden Audi Partnern.

Etwaige Rabatte bzw. Prämien sind im Angebot bereits berücksichtigt.

¹Zum Zeitpunkt der Bestellung muss der Kunde der berechtigten Zielgruppe angehören und unter der genannten Tätigkeit aktiv sein. Zur berechtigten Zielgruppe zählen: gewerbetreibende Einzelkunden inkl. Handelsvertretern und Handelsmaklern nach § 84 HGB bzw. § 93 HGB, selbstständige Freiberufler / Land- und Forstwirte, eingetragene Vereine / Genossenschaften / Verbände / Stiftungen (ohne deren Mitglieder und Organe). Wenn und soweit der Kunde sein(e) Fahrzeug(e) über einen gültigen Konzern-Großkundenvertrag bestellt, ist er im Rahmen des Angebots für Audi Businesskunden nicht berechtigt.

Fahrzeugabbildung zeigt ggf. vom Angebot abweichende Sonderausstattung.
Alle Angaben basieren auf den Merkmalen des deutschen Marktes.

Hinweis: Die gezeigte Umgebung ist KI-generiert.

Angebot sichern unter
www.audi.de/business



**MIT:FAKTEN**

4-7, 9

Tourismus: Branche verzeichnet neuen Rekord | Günstige Energie drückt Importpreise | Großes Hightech-Potenzial in Deutschland noch ungenutzt | Stimmung in der Wirtschaft hellt sich auf | KI kommt im Mittelstand an | Familienunternehmen bleiben optimistisch | Verarbeitendes Gewerbe zieht an | Nur jedes vierte Unternehmen hat Notfallpläne für den Kriegsfall | Innovationsausgaben so hoch wie nie

MIT:KOLUMNE

von Andreas Kock:

Resilienz durch Auseinandersetzung

8

MIT:TITEL**„Deutschland muss zur Höchstform auflaufen“**

10

Der Parteitag in Stuttgart stellte die Weichen für die nächste Reform-Stufe

MIT:REPORT**Mittelstand schafft Sicherheit**

18

Verteidigungs-Investitionen wirken als Konjunkturimpuls

MIT:REPORT**Mittelstand sucht Anschluss**

28

Netzanschlüsse werden zum Nadelöhr für viele Unternehmen

MIT:INTERVIEW**„Wir müssen das System für die Zukunft aufstellen“**

22

Im Gespräch mit Bundesgesundheitsministerin Nina Warken

MIT: INSIDE**EU-Check**

32

Neumitglieder

32

Inside-Meldungen

33

Mitgliederstatistik

34

28

**Impressum****Herausgeber:**

Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), vertreten durch die Bundesvorsitzende Gitta Connemann MdB und den Hauptgeschäftsführer Bastian Pophal

Schadowstraße 3, 10117 Berlin
E-Mail: presse@mit-bund.de
www.mit-bund.de

Chefredakteurin: Dr. Juliane Berndt

Redaktion: Michael Bestgen, Dr. Christoph Sprich, Shereef Salzmann

Verlag, Anzeigenleitung und Druck:

Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802-213
Telefax: 02226 802-222
E-Mail: verlag@ubg365.de
www.ubg365.de

Geschäftsführer: Jonathan Schreyer, Frank Stuch

Projektleitung: Sonja Bach-Meiers

Art-Direktion: UBG Büro Berlin

Druckauflage: 26000 Exemplare

Titelbild: Tobias Koch

Anzeigenverkauf: Alle Nielsen-Gebiete
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 86179
E-Mail: info@getz-medien.de

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung nur mit Genehmigung. © Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Das Mittelstandsmagazin erscheint viermal jährlich. Für Mitglieder der MIT ist der Bezug des Mittelstandsmagazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.



Tourismus: Branche verzeichnet neuen Rekord

Die Tourismusbranche in Deutschland hat mit 497,5 Millionen Gästeübernachtungen im Jahr 2025 einen neuen Rekord aufgestellt. Demnach verzeichneten die Beherbergungsbetriebe 0,3 Prozent mehr Übernachtungen als im bisherigen Rekordjahr 2024.

Die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Inland stieg im Jahr 2025 gegenüber dem Vorjahr um 0,7 Prozent auf 413,7 Millionen. Die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland war dagegen mit 83,8 Millionen um 1,8 Prozent niedriger als im Jahr 2024, als die Fußball-EM viele Gäste aus dem Ausland angelockt hatte.

Die Betriebe der Hotellerie – also Hotels, Gasthöfe und Pensionen – mussten im Jahr 2025 jedoch einen leichten Rückgang der Übernachtungen im Vergleich zum Vorjahr (-0,4 Prozent) verzeichnen. Die Zahl der Übernachtungen in Ferienunterkünften blieb im Vorjahresvergleich nahezu konstant (+0,2 Prozent). Dagegen hielt das Wachstum beim Camping an: Die Zahl der Übernachtungen auf Campingplätzen stieg deutlich um 4,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Günstige Energie drückt Importpreise

Die Importpreise waren im Januar 2026 um 2,3 Prozent niedriger als im Januar 2025, meldet das Statistische Bundesamt. Den größten Einfluss auf die Gesamtentwicklung hatte erneut der Rückgang der Preise für Energie mit -21,1 Prozent gegenüber Januar 2025. Alle Energieträger waren im Januar 2026 günstiger als im Vergleich zum Vorjahr: rohes Erdöl um 24,5 Prozent, Erdgas um 23,1 Prozent, Mineralölerzeugnisse um 16,8 Prozent, Steinkohle um 15,8 Prozent sowie elektrischer Strom um 4,0 Prozent.

Preissenkungen gab es auch bei landwirtschaftlichen Importen sowie bei Konsum- und Investitionsgütern: Importierte landwirtschaftliche Güter waren im Januar 2026 um 6,5 Prozent billiger als im Vorjahresmonat. So lagen die Preise für Rohkakao satte 46,4 Prozent unter denen von Januar 2025. Die Preise für Gebrauchsgüter lagen 2,5 Prozent unter denen des Vorjahresmonats, Verbrauchsgüter waren im Vorjahresvergleich 2,7 Prozent billiger.

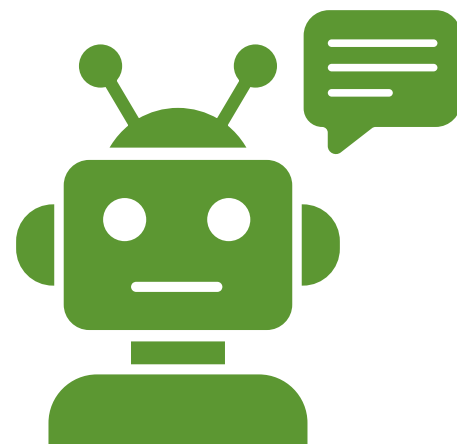




Großes Hightech-Potenzial in Deutschland noch ungenutzt

Ein noch ungenutztes Hightech-Potenzial von rund 1,7 Milliarden Euro bietet deutschen Unternehmen die Chance, im internationalen Technologiewettbewerb entscheidend aufzuholen, berichtet eine neue Studie der Boston Consulting Group. Deutschlands Innovationssystem verfügt demnach über ein erhebliches Wachstumspotenzial – insbesondere dort, wo wissenschaftliche Stärke, Skalierung und Kapital systematisch zusammengeführt werden. Die größten Potenziale verortet die Studie in den Bereichen KI, Quantentechnologie und Mikroelektronik.

Denn: Trotz einer breiten technologischen Basis bleibt Deutschland noch hinter seinen Möglichkeiten. So lag die Zahl aktiver Patente 2023 mit rund 930.000 unter dem Niveau der USA (3,5 Millionen) und Chinas (5 Millionen). Noch deutlicher wird der Unterschied bei wachstumsstarken Technologieunternehmen: In den USA sind rund 700, in China etwa 370 Unicorns entstanden – in Deutschland bislang rund 30. Auch beim Wachstumskapital besteht erhebliches Aufholpotenzial: 2024 investierten Kapitalgeber hierzulande weniger als 10 Milliarden Dollar Venture Capital, verglichen mit 209 Milliarden in den USA und rund 40 Milliarden in China.



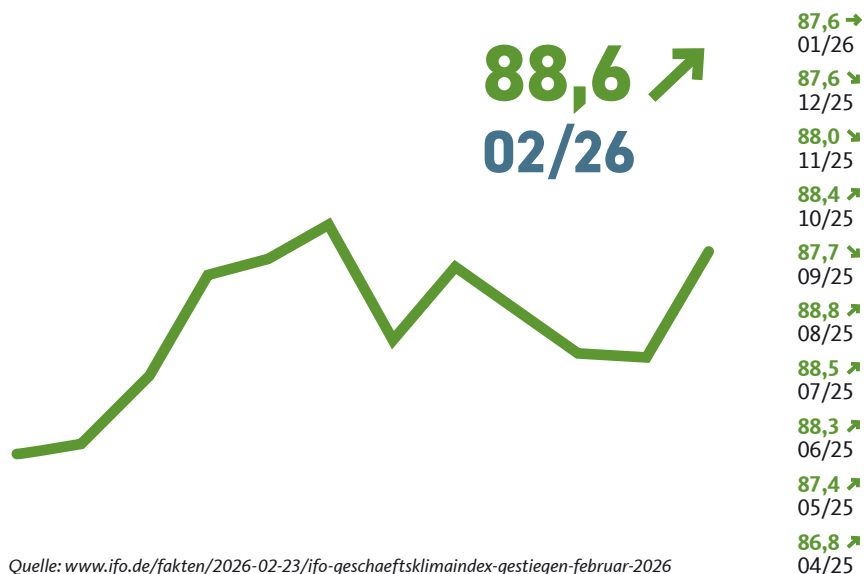
Stimmung in der Wirtschaft hellt sich auf

Die Stimmung unter den Unternehmen in Deutschland hat sich verbessert. Der ifo Geschäftsklimaindex stieg im Februar auf 88,6 Punkte, nach 87,6 im Januar. Die Unternehmen zeigten sich zufriedener mit ihren laufenden Geschäften. Auch die Erwartungen hellten sich auf.

Im Verarbeitenden Gewerbe ist der Index erneut gestiegen. Dies war auf merklich bessere Urteile zur aktuellen Geschäftslage zurückzuführen. Die Erwartungen trübten sich zwar ein, aber die Auftragslage entwickelte sich positiv, und die Produktionspläne wurden nach oben korrigiert.

Auch im Dienstleistungssektor hat sich das Geschäftsklima verbessert. Insbesondere die Erwartungen hellten sich auf. Die Dienstleister zeigten sich zudem zufriedener mit den laufenden Geschäften. In der Logistik legte der Geschäftsklimaindikator deutlich zu.

ifo Geschäftsklimaindex gestiegen (Februar 2026)





KI kommt im Mittelstand an

Der Anteil mittelständischer Unternehmen in Deutschland, die Künstliche Intelligenz (KI) nutzen, ist in den vergangenen Jahren stark angestiegen. Während zwischen 2016 und 2018 nur vier Prozent der kleinen und mittleren Firmen KI einsetzten, waren es zwischen 2022 und 2024 bereits 20 Prozent, meldet die KfW. In absoluten Zahlen sind das knapp 780.000 Unternehmen.

Dabei schreiten vor allem große Unternehmen mit mehr als 50 Mitarbeitenden voran: Hier hatten zuletzt 36 Prozent KI im Einsatz, nach nur sechs Prozent zwischen 2016 und 2018. Aber auch bei kleinen Unternehmen mit unter fünf Beschäftigten nutzten in den Jahren 2022 bis 2024 immerhin 19 Prozent KI.

Familienunternehmen bleiben optimistisch

Gute Stimmung in den Familienunternehmen in Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien: Laut ifo blicken 67 Prozent von ihnen langfristig moderat optimistisch in die Zukunft, trotz unterschiedlicher Konjunkturlagen in den vier Ländern.

Als größte Risiken für die Wettbewerbsfähigkeit werden Fachkräftemangel, volatile Energiepreise und Cyberbedrohungen genannt. Mit der EU-Wirtschaftspolitik zeigen sich 46 Prozent zufrieden, doch fühlen sich 70 Prozent als Wirtschaftsfaktor nicht ausreichend anerkannt. Absolute Priorität haben Bürokratieabbau und transparentere Verwaltungsverfahren: Mehr als zwei Drittel der Unternehmen sehen darin den wichtigsten Hebel zur Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit.

Zufriedenheit mit EU-Wirtschaftspolitik der vergangenen fünf Jahre^a

	Sehr schlecht	Eher schlecht	Weder gut noch schlecht	Eher gut	Sehr gut
Gesamt	5,9	17,8	29,6	36,9	9,3
Deutschland	6,8	16,3	26,2	38,1	12,1
Spanien	4,1	16,7	30,0	40,2	8,2
Italien	6,9	18,5	33,5	33,7	7,4
Frankreich	5,6	19,8	29,0	35,4	9,2

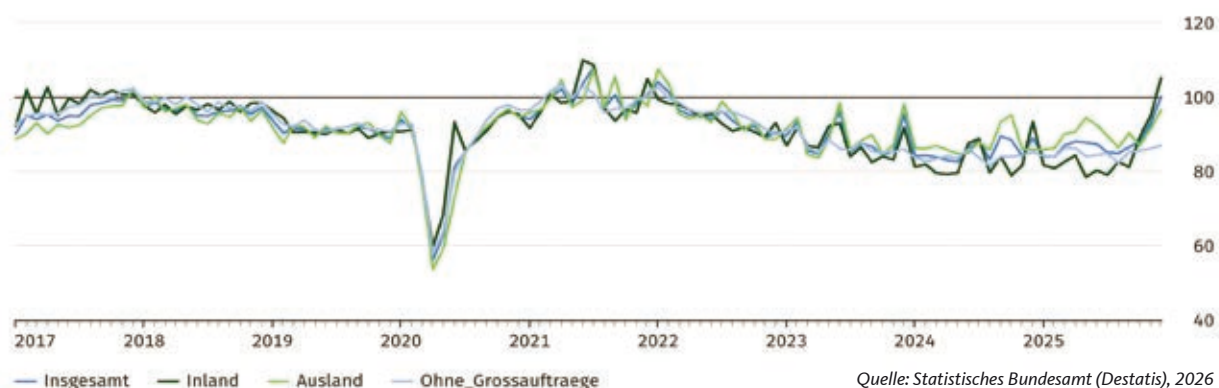
^a N = 1 992, Angaben in %, Rest zu 100% „weiß nicht“.

Quelle: Stiftung Familienunternehmen (2025a); Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Verarbeitendes Gewerbe zieht an

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex 2021 = 100; Kalender- und saisonbereinigt (X13 JDemetra+))



Ist das schon der (Konjunktur-) Frühling? Das Verarbeitende Gewerbe jedenfalls sendet starke Signale: Großaufträge, ein robuster Maschinenbau und solide Auslandsnachfrage treiben die Auftragslage spürbar an.

Der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe ist im Dezember 2025 gegenüber dem Vormonat saison- und kalenderbereinigt um 7,8 Prozent gestiegen, meldet das Statistische Bundesamt. Die positive Entwicklung resultiert aus Wachstumsimpulsen bei der Herstellung von Metallerzeugnissen sowie aus dem Maschinenbau. Beide Branchen profitieren

von einer Vielzahl an Großaufträgen aus unterschiedlichen Bereichen. Die Metallerzeugung legte um bemerkenswerte 30,2 Prozent zu, der Maschinenbau verbuchte ein Plus von 11,5 Prozent im Vergleich zum Vormonat.

Auch andere Industriezweige meldeten kräftige Wachstumsraten. So stieg der Auftragseingang in der Herstellung elektrischer Ausrüstungen um 9,8 Prozent, während der Bereich Datenverarbeitungsgeräte, elektronische und optische Erzeugnisse um 5,7 Prozent zulegte.

Nur jedes vierte Unternehmen hat Notfallpläne für den Kriegsfall

Viele Unternehmen in Deutschland sind nur bedingt auf einen möglichen Kriegsfall vorbereitet, meldet das IW. Lediglich 22 Prozent der Betriebe haben Vorsorgemaßnahmen für Infrastrukturausfälle getroffen. Weitere 17 Prozent planen entsprechende Schritte. Auf Personalausfälle, etwa wenn Reservisten eingezogen werden, sind lediglich rund 5 Prozent vorbereitet.

Bei bereits bekannten Formen der hybriden Kriegsführung sind viele Unternehmen besser aufgestellt. Rund 86 Prozent aller Betriebe und 97 Prozent der Großunternehmen haben etwa Maßnahmen zur Abwehr von Cyberangriffen getroffen. Zudem bereitet sich schon mehr als die Hälfte der Unternehmen auf Desinformation, Sabotage und Spionage vor. Insgesamt planen in allen abgefragten Bereichen Firmen weitere Schritte. Das deutet auf eine wachsende Sensibilität für Sicherheitsrisiken hin.

Maßnahmen der Unternehmen im Rahmen der Gesamtverteidigung (in Prozent)



Quelle: IW-zukunftspanel 2025, 52. Befragungswelle

Resilienz durch Auseinandersetzung

Von Andreas Kock

2026 wirkt wie ein Jahr voller politischer Risiken. Eines der Großrisiken ist der weitere Weg der AfD. Erobert sie die politische Mehrheit in einem Bundesland? Kann sie in den Umfragen weiter zulegen, gerade wenn die dringend erwarteten Reformen auf sich warten lassen?

Das politische Kopfkino löst größte Befürchtungen aus, zumal auch im dreizehnten Jahr des Bestehens der teils extrem rechten Truppe der Umgang mit ihr den anderen Parteien, Medien und Verbänden noch immer schwerfällt.

Die lange Zeit verfolgte Strategie des Ausblendens und Ausgrenzens ist gescheitert. Dieser spezifisch deutsche Rechtspopulismus hält sich hartnäckig und will nach der Macht greifen. Demokratie, politische und wirtschaftliche Verlässlichkeit – es wirkt, als könnte alles zur Disposition stehen.

Doch, gemacht! Es ist Wahlkampfzeit, das verpflichtet zur Auseinandersetzung. Zurückhaltung und Scheu verbieten sich für alle Parteien. Das Kampfgetümmel der Argumente sollte den Populismus eindämmen. Gelingt die Auseinandersetzung, stärkt das die Resilienz der Demokratie.

Und man darf vorsichtig optimistisch sein. Der Durchmarsch der AfD ist alles andere als gesichert. Trotz des demoskopischen Dauerhochs, trotz unterstützender Alternativmedien und überragender Social-Media-Kompetenz, trotz des angeblichen Charakters einer Volkspartei in der ostdeutschen Fläche.



Andreas Kock arbeitet als Reporter für die Parlamentsredaktion von RTL/ntv. Er hat in Jena und Berlin Geschichte, Soziologie und Politik studiert und bei ntv volontiert. Sein Schwerpunkt liegt in Wirtschafts- und Sozialpolitik, über die Tagesberichterstattung hinaus interessiert er sich für die Herausforderungen der westlichen Gesellschafts- und Regierungssysteme.

Denn organisatorisch ist die „Alternative“ in keiner guten Verfassung. Die Doppelspitze ist führungs-schwach, die Landesverbände sind zerstritten, der Mitgliederzuwachs hält sich in Grenzen. Zudem ist da die „extremistische Ader“ der Partei. Man spricht wohl besser von einem typischen Webmuster, das den ganzen Laden durchdringt: extreme Ausländerfeindlichkeit, ein völkisches Verständnis von Staat und Gesellschaft, das ständige Kokettieren mit rechtsradikalen Codes: Sprüche, Haarschnitte, Geschichtsrevisionismus. Die eigene Stammwählerschaft mag das ignorieren. Sensible Wähler schreckt das ab, das passt nicht zu Tradition und Kultur der Bundesrepublik.

Die Partei weiß oder spürt das freilich selbst. Nicht nur, um dem Beobachtungsdruck durch den Verfassungsschutz zu entgehen, gibt sie sich einen bürgerlichen Anstrich. Sie nennt sich Rechtsstaatspartei. Und sie appelliert regelmäßig an CDU und CSU, die Brandmauer zu überwinden und gemeinsam eine weniger linksliberale Politik im Lande zu verfolgen. Doch bei nächster Gelegenheit wird die Union als Feind hingestellt, den es zu zerstören gelte. Das passt nicht zusammen.

Vor diesem Hintergrund gilt es, in die Debatte einzusteigen – mit AfD-Wahlkämpfern und mit Wählern. Gerade für manchen politikferneren Bürger ist die „Alternative“ in erster Linie ein Mittel zum Dampfablassen. Sollte er dennoch für das Gespräch empfänglich sein, ist das die Gelegenheit für Programmatik.

Bekommt der Wähler, was er sich von der „Alternative“ erhofft? Migration, Wirtschaft, Finanzen, Soziales – was ist im Angebot? Die Programme aus der jüngsten Zeit bieten ordentlich Zündstoff: die radikale migrationspolitische Abschottung des Landes, der Austritt aus EU und Euro, die Wiedereinführung der Deutschen Mark, ein Rentenniveau von 70 Prozent. Das kann nicht funktionieren, das müsste jedem Wähler einleuchten. Das klarzustellen, ist die Aufgabe für 2026. ●

Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

Innovationsausgaben so hoch wie nie

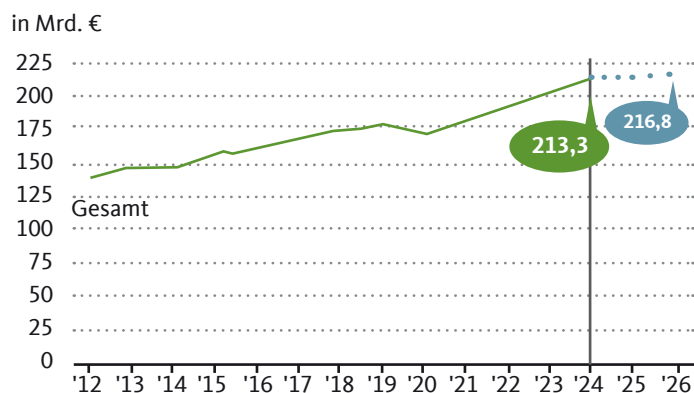
Die Innovationsausgaben der deutschen Wirtschaft sind im Jahr 2024 auf 213,3 Milliarden Euro gestiegen. Das entspricht einem Plus von 4,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, meldet das ZEW.

Vor allem der Dienstleistungssektor trägt mit einem Plus von 8,3 Prozent überdurchschnittlich zu dieser Entwicklung bei, während der Zuwachs in der Industrie mit 3,5 Prozent geringer ausfällt. Allerdings ist das Niveau der Innovationsausgaben in der Industrie mit 150,1 Milliarden Euro mehr als doppelt so hoch wie in den Dienstleistungen mit 63,1 Milliarden Euro.

Der größte Teil der Innovationsausgaben entfällt auf Großunternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten. Im Jahr 2024 haben sie 178,4 Milliarden Euro für Innovationen ausgegeben, was einem Anstieg von 4,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. KMU weisen im Jahr 2024 Innovationsausgaben in Höhe von 34,9 Milliarden Euro auf. Im Vergleich zum Vorjahr sind diese mit 7,1 Prozent stärker angestiegen als die der Großunternehmen.

Für die Jahre 2025 und 2026 planen die Unternehmen zum Zeitpunkt der Erhebung (Frühjahr und Sommer 2025) in Summe mit konstanten Innovationsbudgets. Für 2025 ergeben die Planzahlen mit 213,9 Milliarden Euro fast exakt den Wert des Jahres 2024. Für 2026 zeichnet sich ein geringfügiger Zuwachs auf 216,8 Milliarden Euro ab.

Innovationsausgaben (in Mrd. €)



Quelle: https://www.zew.de/fileadmin/FTP/mip/25/mip_2025.pdf

Anzeige

Energie für Blitzschnell Weiter

— EnBW



Willkommen im größten
Schnellladenetz Deutschlands.
Unsere Energie Bewegt Was
enbw.com/emob

„Deutschland muss zur Höchstform auflaufen“

Der Parteitag in Stuttgart stellte die Weichen für die nächste Reform-Stufe



Der 38. CDU-Parteitag am 20. und 21. Februar stand im Zeichen einer Reform-Agenda für den Standort Deutschland. 1001 Delegierte und zahlreiche Gäste aus ganz Europa kamen in der Stuttgarter Messe zusammen, um vor den anstehenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz die Reihen zu schließen – und klare ordnungspolitische Akzente zu setzen.

Den Anfang machte Bundeskanzler Friedrich Merz in seinem Bericht als Parteivorsitzender. Mit dem Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft vor 80 Jahren habe sich die CDU einen Kompass gegeben, erklärte er. „Wohlstand für alle“ sei bis heute ein gemeinsames Bekenntnis zu Freiheit, Offenheit und Souveränität. Die CDU werde die neuen Aufgaben damit gemeinsam und geschlossen angehen.

„Wir sind die Partei der Zuversicht. Wir sind die Macherpartei“, sagte Merz. „Das Land gut zu führen, seine Schätze zu hüten und uns allen Zuversicht zu geben“ – darum gehe es.

Wandel eröffnet Chancen

Wirtschaftspolitisch setzte der Bundeskanzler klare Akzente: „Der Epochenbruch trifft uns alle“ – DAX-Konzerne, Mittelständler und Arbeitnehmer. Darauf müsse reagiert werden. Schnelligkeit entscheide über den Erfolg. „Der Wandel eröffnet auch große Chancen. Wer heute investiert, kann morgen Standards setzen.“ Die Politik müsse entschlossen handeln. „Deutschland, die Politik und die Union haben das verstanden.“



Umso mehr gehe es nun darum, Änderungen voranzutreiben – Deutschland brauche Reformen. „So verstehe ich meine Rolle in der Bundesregierung. Ich will antreiben. Ich will uns ehrgeizige Ziele setzen. Ich will uns motivieren. Deutschland muss zur Höchstform auflaufen. Sonst schaffen wir nicht, was wir uns vornehmen müssen“, erläuterte Friedrich Merz.

Stärkung der Marktwirtschaft

Wie ein roter Faden zogen sich die Stärkung marktwirtschaftlicher Strukturen, fiskalische Solidität und eine klar begrenzte Rolle des Staates durch den Parteitag. Selten war das ordnungspolitische Profil der Partei so klar konturiert.

1

1. Gitta Connemann betonte in ihrer Rede: „Der begonnene Reformkurs muss jetzt unbedingt fortgeführt werden.“
2. Unser Trio an der Parteispitze: Christina Stumpp, Friedrich Merz, Carsten Linnemann
3. Mit exzellenten 91,17 Prozent wurde Bundeskanzler Friedrich Merz als Parteivorsitzender im Amt bestätigt
4. Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche forderte einen „Vorrang für Wirtschaftswachstum“

4



In Stuttgart wurde deutlich: Die Union ist auf klarem Kurs und legt wirtschaftspolitisch an Tempo zu. Ob in der Steuerpolitik, bei Energiefragen oder am Arbeitsmarkt – die Delegierten signalisierten, dass sie die wirtschaftliche Erneuerung Deutschlands entschlossen vorantreiben wollen. Eine Aufweichung der Schuldenbremse wurde klar abgelehnt. Zugleich sollen Ausnahmen beim Mindestlohn in der Landwirtschaft ermöglicht werden. Für eine staatlich lenkende Zuckersteuer fand sich keine Mehrheit. Im Baubereich soll es spürbare Erleichterungen geben. Insgesamt setzte sich diese Linie konsequent fort.

Erfolgreiche MIT-Anträge

Steuerpolitisch hat der Parteitag nicht nur eindeutige Signale an die arbeitende Bevölkerung und den Mittelstand gesetzt, sondern auch an den Koalitionspartner. Deutlich wurde: Mit der CDU wird es Substanzbesteuerungen nicht geben und eine Entlastung der Einkommenssteuer muss bis weit in die bürgerliche Mitte gehen. Sowohl unser Antrag zur Erbschaftssteuer als auch unser Initiativantrag zur Einkommenssteuerreform waren erfolgreich.

Unsere MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann fand deutliche Worte: „Die Rede des Kanzlers hat gezeigt: Wir haben Maßnahmen auf den Weg gebracht. Aber wir müssen mehr tun.“ Als MIT sind wir stolz auf einen Kanzler, der die Probleme des Mittelstands kennt und auch weiß, welche Maßnahmen jetzt notwendig sind. Es gelte nun, „die de-

mokratischen Mehrheiten für diese Reformen zu mobilisieren“.

„Trauen wir uns etwas!“

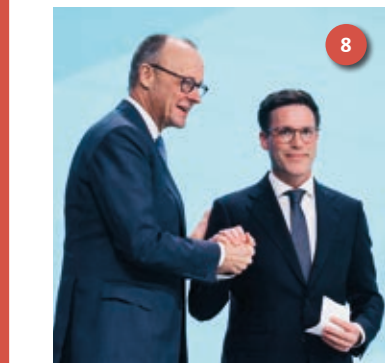
Connemann ergänzte: „Der Mittelstand hat unsere Unterstützung verdient – nicht nur in Sonntagsreden, sondern im klaren politischen Handeln. Die Mittelstandsblindheit unter der Ampel ist vorbei, doch der begonnene Reformkurs muss jetzt unbedingt fortgeführt werden. Trauen wir uns etwas!“

Die MIT hat nicht nur mit ihren Ideen und zahlreichen Delegierten in der Partei deutliche Richtungsentscheidungen bewirken können. Wir sind auch stolz, dass unsere stellvertretende Bundesvorsitzende Dorin Mützel-Brennke in den Bundesvorstand der CDU gewählt wurde. Damit stellt die MIT sich personell noch besser auf.

Die CDU ist hellwach, am Puls der Zeit und ideenreich. Und das mit einem moralischen Kompass, der nicht nur in den Redebeiträgen deutlich wurde. Auch die Diskussionskultur, die Herzlichkeit und, ja, die menschliche Wärme zeigten: Die Union ist und bleibt moralisch und programmatisch die entscheidende Kraft unserer Bundesrepublik. Sie ist die letzte Reform-Partei in Deutschland.

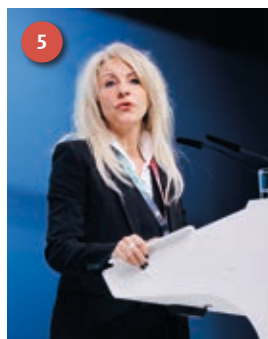


Michael Bestgen
Referent für Arbeit,
Gesundheit und Soziales

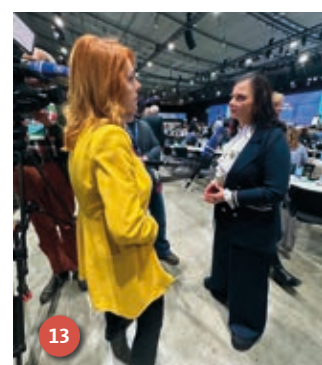


Fotos: Tobias Koch, Jan-Philipp Burmann/
Citypress GmbH, Sönke Ehlers

CDU-PARTEITAG 2026 +++ CDU-PARTEITAG 2026 +++ CDU-PARTEITAG 2026 +++ CDU-PARTEITAG 2026 +++ CDU-PARTEITAG 2026 +++



1. Friedrich Merz gratuliert Carsten Linnemann zu dessen Wiederwahl als Generalsekretär
2. Christina Stumpp lenkte den Blick auf die Kommunen
3. Friedrich Merz begrüßt Alt-Bundeskanzlerin Angela Merkel
4. Gitta Connemann im Gespräch mit Stephanie von Schwanenflügel von CDU-TV
5. MIT-Vizechefin Dorin Mützel-Brennke wurde in den CDU-Bundesvorstand gewählt
6. MIT-Kommissionschef Klaus Wiener auf dem Podium
7. Ehrengast Luc Frieden, Premierminister von Luxemburg
8. Friedrich Merz mit BaWü-Landeschef Manuel Hagel
9. Lecker CDU-Waffeln!
10. JU-Chef Johannes Winkel
11. Karin Prien nimmt ihre Wahl ins Präsidium an
12. RP-Landeschef Gordon Schnieder
13. Gitta Connemann im Gespräch mit dem ARD-Hauptstadtstudio
14. Charlotte und Friedrich Merz mit Angela Merkel





1. Friedrich Merz schenkte Markus Söder eine StarTrek-Jacke. „Möge die Macht mit Dir sein“, bedankte sich der Bayer
2. Der Fraktionschor sang auf dem Ökumenischen Gottesdienst
3. Manuel Hagel und Friedrich Merz begrüßen die Delegierten auf dem Baden-Württemberg-Abend
4. Patrick Schnieder mit Mario Voigt
5. Sachsen-MP Michael Kretschmer
6. Neu-MP Sven Schulze und Friedrich Merz bedanken sich bei Sachsen-Anhalts langjährigem Ministerpräsidenten Reiner Haseloff
7. Ein Meer an Wahlkabinen!
8. Gut gelaunt: Silvia Breher
9. Das passt! Christina Stumpp mit Gitta Connemann
10. Franziska Hoppermann und Karin Prien
11. Philipp Amthor und Wiebke Winter
12. Auch der Kanzler wählte!
13. EVP-Chef Manfred Weber betonte: Nur durch globale Zusammenarbeit bleibt der Standort Europa unabhängig und wettbewerbsfähig
14. Vize-Fraktionschef Günter Krings
15. Immer dabei mit prüfendem Blick: Konrad Adenauer





8



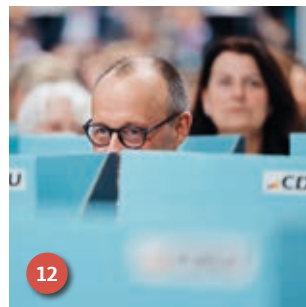
10



9



11



12



13



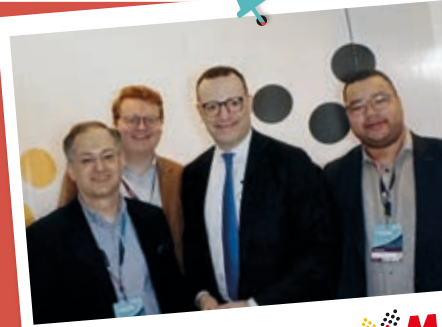
14



15

MIT-FOTOBOX

Promis an der MIT-Fotobox – von Jens Spahn bis Paul Ziemiak – alle wollten ein Bild an der Fotobox bei unserem MIT-Stand. Schauen Sie mal selbst, wer alles da war!



38. Parteitag #cdupt26



38. Parteitag #cdupt26



38. Parteitag #cdupt26



38. Parteitag #cdupt26



38. Parteitag #cdupt26



38. Parteitag #cdupt26



38. Parteitag #cdupt26



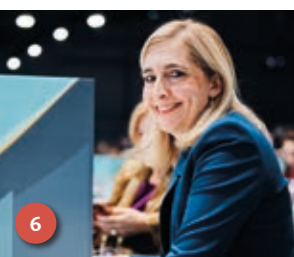


Diese MIT-Anträge wurden auf dem 38. CDU-Parteitag beschlossen:

- Zukunftsfähige Reform des Arbeitszeitrechts – Mehr Flexibilität, weniger Bürokratie
- Soziale Sicherung durch Transparenz stärken – Eigenverantwortung durch Finanzbildung fördern
- Teilzeitanprüche ordnen – Erwerbstätigkeit stärken
- Schuldenberge in der Bundesagentur für Arbeit konsequent abbauen
- Digitale Schutzzonen an Schulen – Bundesweite Regelung zur privaten Nutzung von digitalen Endgeräten bis Klasse 10 einführen [gemeinsam mit Frauen Union]
- Bildung ist der Schlüssel – Moderne Bildungspolitik für echte Chancengerechtigkeit: Einführung einer bundesweiten Schüler-ID und eines digitalen Dashboards [gemeinsam mit Frauen Union]
- Krankenversicherung entlasten – Kosten für Grundsicherung aus Steuermitteln finanzieren
- Telefonische Krankschreibung abschaffen
- Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit und die neue geopolitische Lage in Einklang bringen
- Industrieemissionsrichtlinie praxisgerecht und technologieoffen umsetzen
- Verbrennerverbot stoppen – Flottenregulierung technologieoffen überarbeiten
- Doppelte Belastung aus CO2-Bepreisung im Güterverkehr abschaffen
- Energieeffizienzgesetz sinnvoll und schnell überarbeiten
- Energieträgerkopplung zur Stabilisierung und Flexibilisierung des Energiesystems nutzen
- Erbschaftsteuer für den Mittelstand zukunftsfähig gestalten
- Priorisierung bei Netzanschlüssen modern überarbeiten
- Mittelstand entlasten – Solidaritätszuschlag abschaffen
- Energiekosten reduzieren – Stromsteuersenkung für alle Verbrauchergruppen
- Für Wettbewerb und Verbraucherschutz – gegen Werbeverbote
- Einkommenssteuerreform jetzt – Entlastung der breiten Mitte



CDU-PARTEITAG 2026 +++ CDU-PARTEITAG 2026 +++ CDU-PARTEITAG 2026 +++ CDU-PARTEITAG 2026 +++ CDU



1. Voller Saal: 1001 Delegierte und Gäste aus ganz Europa kamen in die Stuttgarter Messe | 2. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder beschwor die Einheit der Union | 3. Karl-Josef Laumann erhielt das beste Wahlergebnis fürs Präsidium | 4. Selfie-Alarm! Christina Stumpp und Hendrik Wüst | 5. MIT-Bundesvorstandsmitglied Olaf Werner auf dem Podium | 6. Gesundheitsministerin Nina Warken | 7. Volles Haus beim Baden-Württemberg-Abend! | 8. Industrie trifft Mittelstand: BDI-Chefin Tanja Gönner mit Gitta Connemann | 9. Dem Parteitag flogen die Herzen zu | 10. Fraktionschef Jens Spahn | 11. CDU – die letzte verbliebene Volkspartei | 12. Christoph Ploß auf dem Podium | 13. Vize-Fraktionschef Steffen Bilger



Anzeige


 Investitionsbank
Berlin

Erfolg.Fördern.Berlin.

wachsen mit der IBB



Wir haben die passende finanzielle Förderung, damit Dein Unternehmen wachsen kann. Kompetent, zuverlässig und mit dem Ziel, Dein Geschäft langfristig erfolgreich zu machen.

Hotline Wirtschaftsförderung: 030 / 2125-4747

ibb.de/wachsen

Mittelstand schafft Sicherheit

Verteidigungs-Investitionen wirken als Konjunkturimpuls, stärken industrielle Kerne, sichern hochwertige Arbeitsplätze und fördern Innovationen mit breiter zivilwirtschaftlicher Nutzung. Was die Branche jetzt braucht, um zu boomen, lesen Sie hier

Die deutsche Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft (SVI) ist nicht nur sicherheitspolitisch, sondern auch volkswirtschaftlich von Bedeutung. Sie beschäftigt in Deutschland fast eine halbe Millionen Menschen. Die Branche generiert einen Produktionswert von 83 Milliarden Euro, das sind 1,3 Prozent der gesamten Produktion in Deutschland.

Dabei ist die Branche geprägt durch einen außergewöhnlich hohen Anteil mittelständischer Unternehmen. Zur Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zählen viele kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die insgesamt 39 Prozent zur Wertschöpfung der Branche beitragen und gut 49 Prozent aller Erwerbstätigen in der SVI beschäftigen. Diese Unternehmen sind hochspezialisiert, technologisch führend und vielfach tief in internationale Wertschöpfungsketten eingebunden. Gerade der Mittelstand stellt kritische Komponenten, Subsysteme, Softwarelösungen, Sensorik, Materialien, Antriebstechnik sowie Dienstleistungen entlang des gesamten Lebenszyklus militärischer Systeme bereit.



**Die Bundesrepublik
gab 2021 knapp
47 Milliarden Euro
für die Verteidigung
aus, das entsprach
1,5 Prozent des
deutschen Brutto-
inlandprodukts**

Viele dieser Unternehmen sind klassische Familienbetriebe, regional verwurzelt, exportorientiert und innovationsstark – häufig mit Dual-Use-Technologien, die sowohl zivile als auch militärische Anwendungen ermöglichen.

Sicherheit nur mit starker Wirtschaft in Deutschland

Die Leistungsfähigkeit dieses Sektors ist eine zentrale Voraussetzung für die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr und für Europas strategische Autonomie und Sicherheit. Wettbewerbsfähigkeit und eine starke industrielle Basis gehören zusammen. Politik und Wirtschaft tragen daher eine gemeinsame Verantwortung: Von der Unterstützung der Ukraine bis zum Schutz kritischer Infrastrukturen bleibt eine leistungsfähige Industrie das Rückgrat europäischer Gesamtverteidigung. Dieser Zusammenhang wird auch von der deutschen Industrie bekräftigt. „Die deutsche Industrie sieht Verteidigungsfähigkeit als eine vordringliche, gemeinsame Aufgabe von Staat und Wirtschaft und will Verantwortung für die Sicherheit des Standorts übernehmen“, sagt BDI-Präsident Peter Leibinger. Eine starke Wirtschaft sei auch eine entscheidende Voraussetzung für die Stärkung von Souveränität und Gesamtverteidigung.

Bei der wehrtechnischen Beschaffung ist es dabei von entscheidender Bedeutung, dass auch im Krisenfall die Produktion durch heimische Unternehmen gesichert ist. Die Unternehmen dieser Branche sind dazu sowohl fähig und bereit. Die in der Branche führenden Verbände Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) und der Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) haben das in einem gemeinsamen Schreiben bekräftigt: „Die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie kann steigende staatliche Investitionen und Aufträge unverzüglich umsetzen und Deutschlands Sicherheitsorganen die dringend benötigte Ausrüstung zur Verfügung stellen – mit allen Vorteilen heimischer Wertschöpfung. Vom Einkauf kompletter Systeme bei ausländischen, außereuropäischen Anbietern ist

Foto: metamorworks/stock.adobe.com – KI generiert

„Die deutsche Industrie sieht Verteidigungsfähigkeit als eine vordringliche, gemeinsame Aufgabe von Staat und Wirtschaft und will Verantwortung für die Sicherheit des Standorts übernehmen.“

Peter Leibinger, BDI-Präsident

daher abzurufen, denn er macht Deutschland strategisch abhängig.“

Marie-Christine von Hahn, Hauptgeschäftsführerin des BDI, geht sogar noch einen Schritt weiter. Sie traut der deutschen Verteidigungsindustrie eine Führungsrolle in der europäischen Rüstung zu. „Die Weltordnung, insbesondere mit Blick auf die internationale Sicherheits- und Verteidigungspolitik, verliert zunehmend an Stabilität. Europa muss daher alles daran setzen, abschreckungs- und verteidigungsfähig zu werden. Deutschland kann guten Gewissens eine zentrale Führungsrolle bei der europäischen Rüstung übernehmen, da wir über eine ausgeprägte industrielle Stärke verfügen.“

Herausforderungen im Bereich Sicherheit und Verteidigung

Allerdings muss sich die Industrie, ebenso wie die Politik, laufend an die neuen Realitäten anpassen. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, hybride Bedrohungen, Cyberangriffe, Sabotage kritischer Infrastrukturen und eine zunehmend fragmentierte Weltordnung haben die Illusion einer dauerhaft friedlichen Sicherheitsumgebung beendet. Die veränderte Lage legt strukturelle Defizite offen: unzureichende Verteidigungsausgaben im Kernhaushalt, langwierige und bürokratische Beschaffungsprozesse, fehlende Planungssicherheit für Unternehmen sowie eine im europäischen Vergleich besonders restriktive Exportkontrollpraxis. Zwar hat das Sondervermögen Bundeswehr kurzfristig Investitionsspielräume eröffnet, doch fehlt es

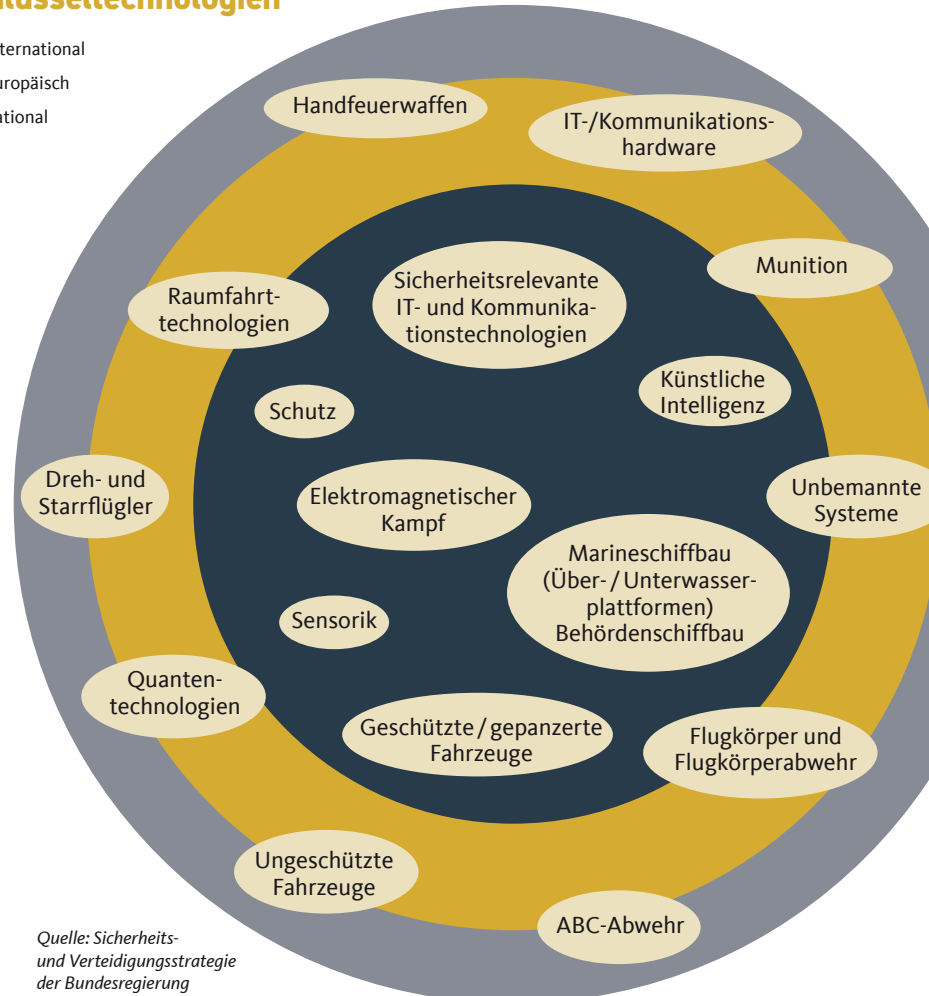
weiterhin an einer verlässlichen, langfristigen Finanzierungsarchitektur.

Hinzu kommt eine europäische Fragmentierung: Nationale Beschaffungslogiken, unterschiedliche technische Standards und divergierende Exportregime erschweren Kooperationen und verhindern Skaleneffekte. Gerade für mittelständische Unternehmen bedeutet dies hohe Markteintrittsbarrieren und erhebliche Risiken.

Erschwerend wirkt zudem die regulatorische Unsicherheit, etwa im Bereich Sustainable Finance. Teile der Finanzwirtschaft behandeln Verteidigungsunternehmen weiterhin als nicht nachhaltig, obwohl Landesverteidigung und Heimatschutz elementare Staatsaufgaben und Bedingung für Resilienz sind. Investitionen werden dadurch unnötig erschwert, Innovationspotenziale bleiben ungenutzt.

Schlüsseltechnologien

- international
- europäisch
- national



Quelle: Sicherheits- und Verteidigungsstrategie der Bundesregierung

Herausforderungen für den Mittelstand

Für den industriellen Mittelstand ist die sicherheits- und verteidigungspolitische Zeitenwende kein abstraktes Konzept, sondern eine konkrete unternehmerische Herausforderung. Investitionen in neue Produktionskapazitäten, Forschung und Personal sind kapitalintensiv und erfordern Verlässlichkeit. Ohne klare politische Rahmenbedingungen bleiben Unternehmen zurückhaltend – mit unmittelbaren Folgen für Lieferfähigkeit und technologische Entwicklung.

Gleichzeitig bietet der Sektor erhebliche Chancen: Verteidigungs-Investitionen wirken als Konjunkturimpuls, stärken industrielle Kerne, sichern hochwertige Arbeitsplätze und fördern Innovationen mit breiter zivilwirtschaftlicher Nutzung. Start-ups und junge Unternehmen entwickeln Schlüsseltechnologien in den Bereichen KI, Sensorik, unbemannte Systeme, Cyber- und Quantentechnologien – stoßen jedoch oft an die Hürden eines nicht mittelstandsfreundlichen Beschaffungssystems.

Der Mittelstand benötigt daher planbare Nachfrage, KMU-gerechte Vertragsbedingungen, schnellere Vergabe- und Genehmigungsverfahren, guten Zugang zu europäischen Kooperationsprojekten und Akzeptanz bei Banken und Investoren. Ohne diese Voraussetzungen droht eine gefährliche Abhängigkeit von außereuropäischen Anbietern – mit langfristigen Risiken für Sicherheit, Wertschöpfung und Souveränität.

Politische Forderungen der MIT

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion formuliert vor diesem Hintergrund klare wirtschafts- und sicherheitspolitische Leitlinien:

1 Verlässliche Finanzierung und Planungssicherheit.

Das NATO-Zwei-Prozent-Ziel muss dauerhaft im Kernhaushalt erreicht werden. Verteidigungsfähigkeit darf kein Sonderprojekt sein, sondern muss strukturell abgesichert werden.

2 Beschaffungs- und Vergabereformen.

Vergabeverfahren sind zu vereinfachen und zu beschleunigen. Goldrand-Lösungen sind zu vermeiden; serienreife Standardprodukte müssen Vorrang haben. In Krisenzeiten müssen vergaberechtliche Ausnahmen möglich sein.

3 Mittelstandsfreundliche Rahmenbedingungen.

KMU-gerechte Vertragsmodelle, faire Risikoverteilung und verlässliche Abnahmezusagen sind Voraussetzung für Investitionen.

4 Exportfähigkeit sichern.

Die Exportkontrolle ist zu beschleunigen und zu europäisieren. Weitere nationale Verschärfungen lehnt die MIT ab. Rüstungsexporte sind sicherheits- und industriepolitisch notwendig und politisch zu flankieren.

5 Nachhaltigkeit realistisch definieren.

Landesverteidigung und Heimatschutz müssen als systemrelevant und nachhaltig anerkannt werden. EU-Regelwerke wie die Sustainable Finance Due Diligence Regulation sind entsprechend anzupassen.

6 Innovation und Forschung stärken.

Start-ups, Dual-Use-Technologien und die Zusammenarbeit von Hochschulen und Industrie müssen gezielt gefördert werden. Zivilklauseln sind zu reformieren, Forschungsfreiheit zu gewährleisten.

7 Produktionsfähigkeit absichern.

Produktionskapazitäten sind systematisch zu erfassen, Skalierbarkeit zu prüfen und Stresstests für Krisenfälle durchzuführen.

Fazit

Eine leistungsfähige mittelständische Verteidigungswirtschaft ist kein Widerspruch zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung – sie ist deren sicherheitspolitische Voraussetzung. Wer Wohlstand, Freiheit und industrielle Stärke erhalten will, muss Sicherheit ernst nehmen. Die MIT steht für eine Politik, die Verantwortung, Wettbewerbsfähigkeit und Wehrhaftigkeit zusammen denkt.



Dr. Christoph Sprich
Referent für Wirtschaft
und Steuern
sprich@mit-bund.de



Foto: BDLI

Marie-Christine von Hahn, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbands der Deutschen Luft- in Raumfahrtindustrie e.V. (BDLI)

„Deutschland kann guten Gewissens eine zentrale Führungsrolle bei der europäischen Rüstung übernehmen, da wir über eine ausgeprägte industrielle Stärke verfügen.“



„Wir müssen das System für die Zukunft aufstellen“

Im Gespräch mit MIT-Hauptgeschäftsführer Bastian Pophal spricht Bundesgesundheitsministerin Nina Warken über notwendige Struktur-reformen, die Bedeutung der Gesundheitswirtschaft für den Standort Deutschland und die Notwendigkeit des dualen Systems aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung

Bastian Pophal: Frau Ministerin Warken, Sie haben das erste Sparpaket im Gesundheitssystem seit vielen Jahren vorangetrieben – Ende letzten Jahres wäre es fast an der Zustimmung der Länder gescheitert. Wieso ist es so schwer, die Kosten auf der Ausgabenseite zu senken, wie man es sich auch im Koalitionsvertrag vorgenommen hat?

Nina Warken: Im Gesundheitsbereich gibt es viele Interessen und Zuständigkeiten, da gehören harte Auseinandersetzungen einfach dazu. Das gesamte Gesundheitssystem hat seit vielen Jahren keine Einsparungen mehr erlebt, die aber notwendig gewesen wären und jetzt unumgänglich sind, denn wir wollen Beitragszahler und Unternehmen nicht immer weiter belasten. Wir hatten viele Jahre volle Kassen, obwohl bereits insbesondere in den letzten drei Jahren Vergütungs- und Leistungsausweitungen beschlossen wurden, die nicht gegenfinanziert waren und die wir uns eigentlich gar nicht hätten leisten können. Das Bewusstsein für notwendige Veränderungen scheint aber inzwischen weit verbreitet zu sein. Es geht ja nicht darum, grundlos etwas wegzunehmen: Wir müssen das System für die Zukunft aufstellen, damit auch in Jahren eine gute gesundheitliche und pflegerische Versorgung sichergestellt werden kann. Dafür braucht es eine nachhaltige Finanzierung und notwendige Strukturreformen, die wir im Nachgang zur von mir eingesetzten Finanzkommission Gesundheit für die verschiedenen Bereiche auf den Weg bringen. Das wird am Ende das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit unseres Gesundheitswesens und auch die Politik insgesamt stärken.

Die im europäischen und internationalen Vergleich sehr hohen Sozialversicherungsbeiträge sind immer mehr ein echter Wettbewerbsnachteil für Deutschland geworden. Was plant das BMG, um hier zu einer Senkung der Abgabenlast zu kommen?

Es ist das klare politische Ziel der Bundesregierung, die Sozialbeiträge endlich wieder zu stabilisieren. Dies zu erreichen ist eine der Prioritäten meiner Arbeit als Bundesgesundheitsministerin. Insbesondere in den vergangenen drei Jahren sind die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung um mehr als 30 Milliarden Euro gestiegen. Diese Mehrbelastung von Versicherten



„Das gesamte Gesundheitssystem hat seit vielen Jahren keine Einsparungen mehr erlebt, die aber notwendig gewesen wären und jetzt unumgänglich sind.“

und Unternehmen hält kein System der Welt dauerhaft aus – und für unsere Wirtschaft sind sie Gift. Wir werden in diesem Jahr ein umfassendes Reformpaket vorlegen, um die seit Jahren wachsende Kluft zwischen Einnahmen und Ausgaben wieder in Gleichgewicht zu bringen. Hierzu werden alle Versorgungsbereiche einen Beitrag leisten müssen, um ein ausgewogenes Gesamtpaket zu verabschieden und zum Jahreswechsel die Beiträge zu stabilisieren. Sowohl Versicherte als auch Unternehmen müssen sich endlich wieder darauf verlassen können, dass die Sozialabgaben nicht ungebremst steigen – dafür steht die Union in der Regierung ein.

Die MIT fordert seit Langem, versicherungsfremde Leistungen, wie beispielsweise die Krankenversicherungskosten für Grundversicherungsempfänger, aus dem Bundeshaushalt und nicht aus Beitragsmitteln zu zahlen.

Wäre dies eine Möglichkeit, die Beitragszahler zu entlasten?

Die derzeitige Situation ist schlichtweg nicht gerecht: Die Beiträge, die den Krankenkassen für Bürgergeldempfänger erstattet werden, sind nicht kostendeckend. Die gesetzlich Versicherten zahlen damit die Kosten, die eigentlich eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und damit aus Steuermitteln zu finanzieren sind. Auf

der anderen Seite haben wir im Bund eine sehr herausfordernde Haushaltslage – das gehört zur Wahrheit auch dazu.

Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe zu einer nachhaltigen Reform der Pflegeversicherung hat im Dezember ihr Abschlusspapier veröffentlicht. Auch Bundeskanzler Merz hatte mutige Schritte gefordert. Welche Reformschritte müssen nun gegangen werden, um zu einer Lösung der Finanzierungsprobleme zu kommen?

Pflegebedürftige und ihre Angehörigen müssen sich auf eine gute pflegerische Versorgung verlassen können, das ist oberstes Ziel. Dennoch müssen wir eine ehrliche Debatte darüber führen, was diese so relevante Säule unseres Sozialversicherungssystems in Zukunft leisten kann. Deshalb müssen wir kritisch hinterfragen, ob die Leistungen der Pflegeversicherung in ihrer Ausgestaltung wirklich zu den erwarteten Ergebnissen geführt haben. Wir

werden etwa das Begutachtungssystem prüfen – also der Zugang zu den einzelnen Pflegegraden – und die Leistungen dahingehend ausrichten, dass sie Pflegebedürftigkeit durch mehr Prävention und gezieltere Angebote möglichst lange hinauszögern. Die individuelle Vorsorge wird auch in Zukunft ein wesentlicher Bestandteil bleiben, denn am Teilleistungscharakter der Pflegeversicherung wird weiterhin festgehalten. Die Menschen müssen wissen, dass die Pflegeversicherung auch künftig einen beträchtlichen Teil der Pflegekosten übernehmen wird – aber eben nicht alle Kosten tragen kann.

„Wir müssen das System für die Zukunft aufstellen, damit auch in Jahren eine gute gesundheitliche und pflegerische Versorgung sichergestellt werden kann.“

Nina Warken, Jahrgang 1979, studierte Rechtswissenschaften an der Universität Heidelberg. Ab 2006 arbeitete sie als Rechtsanwältin in mittelständischen Kanzleien. Von 2001 bis 2005 war sie Kreisvorsitzende der Jungen Union im Main-Tauber-Kreis und von 2001 bis 2007 stellvertretende Vorsitzende im Bezirk Nordwürttemberg. Von 2006 bis 2014 war Warken stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungen Union. Von 2013 bis 2017 war sie und seit 2018 ist sie Mitglied des Deutschen Bundestages. 2023 bis 2025 war sie Generalsekretärin der CDU Baden-Württemberg. Im Mai 2025 wurde sie zur Vorsitzenden der Frauen Union der CDU Deutschlands gewählt. Seit dem 6. Mai 2025 ist Nina Warken Bundesministerin für Gesundheit.

Der Dualismus aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung ist Garant für Qualität, Wettbewerb und Eigenverantwortung. Wie können wir diesen Systemwettbewerb noch besser nutzen und die Eigenverantwortung der Versicherten weiter stärken? Und, was sagen Sie zu den Befürwortern einer so genannten Bürgerversicherung?

Wir haben in Deutschland einen sehr schnellen Zugang zu innovativen Behandlungsmethoden und Therapien, völlig unabhängig vom Versichertenstatus. Das ist im Wesentlichen dem dualen System aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung zu verdanken, das unbestritten Treiber von Innovationen in der Versorgung ist. Deshalb steht für uns außer Frage, dieses duale System beizubehalten. Die Herausforderungen, vor denen unser Gesundheitssystem steht, würden sicher nicht durch eine Einheitsversicherung gelöst, eher im Gegenteil: Eine Abschaffung der privaten Krankenversicherung würde dem System Mittel in Milliardenhöhe entziehen. Wir brauchen Antworten auf die strukturellen Missstände statt ideologischem Systemaktivismus. Ein Ärgernis für gesetzliche Versicherte sind die teilweise zu langen Wartezeiten auf einen Facharzttermin im Vergleich zu Privatversicherten. Dieser Realität müssen wir uns stellen. Ein wesentliches Ziel des von uns geplanten Primärversorgungssystems ist es deshalb, Termine beim Facharzt entsprechend der medizinischen Notwendigkeit zu

vergeben auf Basis einer vorherigen Ersteinschätzung. Diese Ersteinschätzung kann in der Hausarztpraxis, telefonisch oder digital erfolgen. Dadurch nutzen wir die verfügbare Zeit der Fachärzte deutlich zielgerichteter. Zudem wollen wir die Aufgaben im Gesundheitswesen auf mehr Berufsgruppen verteilen, um dadurch auch Ärzte zu entlasten.

Die Bundesregierung hat sich vorgenommen, die Bürokratiekosten für die Wirtschaft um 25 Prozent zu senken. Wo sehen Sie Spielräume, um bürokratische Vorgaben im Gesundheitswesen abzubauen und Leistungserbringern mehr unternehmerische Freiheit zu geben?

Im Gesundheitsbereich müssen wir, genau wie in der Gesamtwirtschaft, wieder zu mehr gegenseitigem Vertrauen kommen und etwa die verpflichtenden Dokumentationen auf das notwendige Maß begrenzen. Es kann sicher nicht komplett darauf verzichtet werden, denn am Ende geht es auch um Qualitätssicherung bei der Gesundheitsversorgung und um jährliche Gesamtausgaben von rund 500 Milliarden Euro. Dennoch haben wir schon erste Maßnahmen auf den Weg gebracht, um die Bürokratie zu reduzieren: Abschaffung von Doppelprüfungen im Pflegebereich, mehr Digitalisierung und ein verlängerter Prüfzeitraum für Einrichtungen, die ein hohes Qualitätsniveau nachweisen. Für niedergelassene Ärzte sieht der Koalitionsvertrag etwa die Erhöhung der Bagatellgrenze bei der Wirtschaftlichkeitsprüfung vor, die wir auch in diesem Jahr auf den Weg bringen werden. Darüber hinaus prüfen wir fortlaufend, wo wir das System insgesamt von Bürokratie befreien können. Viele Regelungen werden aber nicht gesetzlich vorgegeben, sondern von der Selbstverwaltung festgelegt. Dementsprechend ist meine Erwartung an die Selbstverwaltung, dass sie bei diesem Thema auch selber aktiv wird.

„Insbesondere in den vergangenen drei Jahren sind die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung um mehr als 30 Milliarden Euro gestiegen. Diese Mehrbelastung von Versicherten und Unternehmen hält kein System der Welt dauerhaft aus.“



Eine gute Gesundheitsversorgung ist ein zentraler Standortfaktor. In der ambulanten Versorgung spielen investorenbetriebene Medizinische Versorgungszentren (iMVZ) eine immer größere Rolle. iMVZ-Regulierungen soll klare Spielregeln für Kapitalinvestitionen im Gesundheitswesen aufstellen. Was ist geplant?

Medizinische Versorgungszentren sind ein wichtiger Bestandteil der ambulanten Versorgung und gerade für viele junge Ärztinnen und Ärzte können sie ein attraktiver Arbeitgeber sein. Zudem können sie einen wichtigen Beitrag zu einer interdisziplinären und sektorenverbindenden Versorgung in der Fläche leisten. Dennoch braucht es in diesem Bereich mehr Transparenz über die Eigentümerstrukturen. Monopolisierungstendenzen würden der Trägervielfalt im Gesundheitswesen entgegenstehen und auch die Bedenken, dass hohe Renditeerwartungen Bedenken hinsichtlich der Versorgungsqualität und der Kosteneffizienz hervorrufen können, sind berechtigt. Gewinnerzielungsabsichten allein sind kein geeignetes Kriterium für die Annahme einer schlechten oder unwirtschaftlichen medizinischen Behandlung. Entscheidend ist ein klarer Rechtsrahmen sowohl für gemeinnützige als auch für gewinnorientierte Leistungserbringer, der einen diskriminierungsfreien Zugang, die Patientensicherheit und die Kosteneffizienz gewährleistet. Der Koalitionsvertrag sieht vor, die Transparenz über die Eigentümerstruktur zu stärken und eine systemgerechte Verwendung der Beitragsmittel sicherzustellen. Unser Verordnungsentwurf zur Reform der ärztlichen Zulassungsverordnungen enthält bereits weitgehende Regelungen für eine detaillierte Erfassung von MVZ in den Arztregistern. Die Transparenz über bestehende MVZ-Strukturen wird dadurch deutlich erhöht. Dieser Entwurf



befindet sich derzeit in der Ressortabstimmung. Die Notwendigkeit darüberhinausgehender Regelungen prüfen wir derzeit sehr intensiv.

Deutschland hat eine starke Gesundheitswirtschaft. Diese ist weitgehend mittelständisch geprägt, insbesondere in der Medizintechnik mit zahlreichen Hidden Champions. Wie kann die Bundesregierung hier gute Rahmenbedingungen setzen und die Forschungs- und Innovationskraft unterstützen?

Die Gesundheitswirtschaft ist ein wesentlicher Faktor für den Wirtschaftsstandort Deutschland: Mit 490 Milliarden Euro Bruttowertschöpfung hat sie einen Anteil von 12,5 Prozent an der Gesamtwirtschaft – mit wachsender Tendenz. Sie ist einer der wenigen Branchen mit weiterhin überdurchschnittlichem Wachstum, aus denen zahlreiche Innovationen hervorgehen. Die Gesundheitswirtschaft ist zudem Beschäftigungsmotor für die deutsche Wirtschaft insgesamt. Mehr als jeder sechste Erwerbstätige

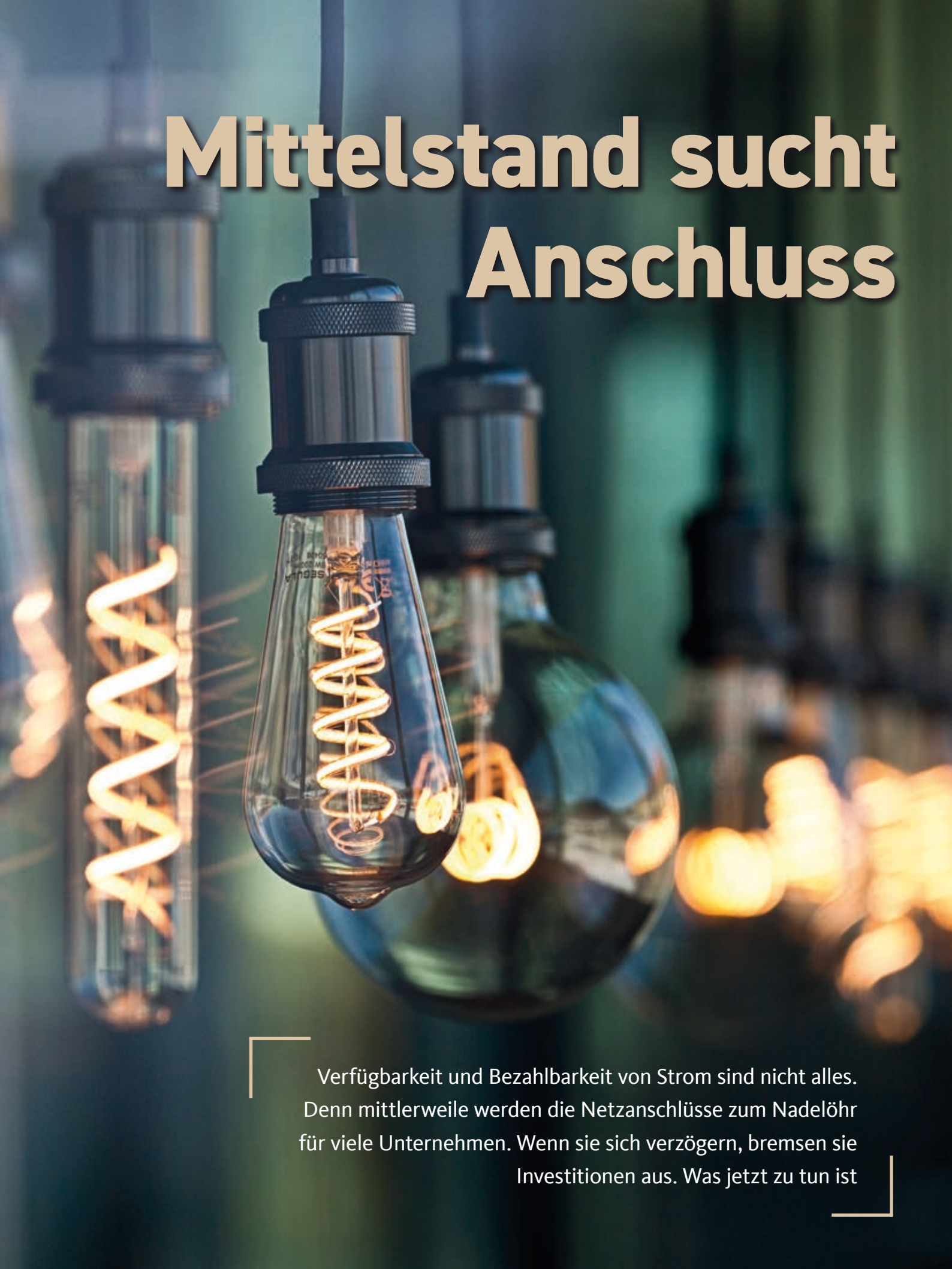
„Wir werden in diesem Jahr ein umfassendes Reformpaket vorlegen, um die seit Jahren wachsende Kluft zwischen Einnahmen und Ausgaben wieder in Gleichgewicht zu bringen.“

in Deutschland arbeitet in der Gesundheitswirtschaft. Mit dem von mir gestarteten Pharma- und Medizintechnikdialog wollen wir gezielt Impulse für Forschung und Entwicklung setzen, die Wettbewerbsfähigkeit stärken und Deutschland als globalen Innovationsstandort positionieren – im Spannungsfeld zwischen international schwierigen Rahmenbedingungen und der Finanzierung unseres Sozialsystems. Dafür brauchen wir auch in diesen Bereichen den Abbau von Bürokratie, die Vereinfachung der Antragsstellung und die breitere Verfügbarkeit von Forschungsdaten.

Sie sind seit Mai 2025 Bundesvorsitzende der Frauen Union. Was konnten Sie seitdem anpacken und was ist noch geplant? Wie sehen Sie die Zusammenarbeit mit den anderen Vereinigungen wie der MIT?

Als Bundesministerin und zugleich als Vorsitzende der Frauen Union fungiere ich als Brückenbauerin nicht nur für gesundheits- und frauenpolitische Themen. Ich habe die Frauengesundheit zu einem Förderschwerpunkt meines Ministeriums gemacht und den Gewaltschutz von Frauen vorangetrieben. Mit dem Verbot von K.O.-Tropfen und der Umsetzung unserer Forderung nach der elektronischen Fußfessel sind wir erfolgreich unterwegs. Für den Parteitag der CDU hat der Bundesvorstand mit seinen Anträgen zu einer Handyschutzzone an Schulen, zum neuen Wehrdienst, zur Ermöglichung der Eizellspende in einem engen Rahmen und einem Verhüllungsverbot in der Öffentlichkeit wichtige Impulse für die inhaltliche Ausrichtung der CDU gesetzt. Die Vereinigungen sind ein wichtiges Pfund der CDU. Zusammen sind wir stärker: Zum Parteitag haben wir gemeinsam mit der MIT unsere bildungspolitischen Forderungen zu digitalen Schutzzonen an Schulen eingebracht.

Vielen Dank für dieses Gespräch. ●



Mittelstand sucht Anschluss

Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit von Strom sind nicht alles. Denn mittlerweile werden die Netzanschlüsse zum Nadelöhr für viele Unternehmen. Wenn sie sich verzögern, bremsen sie Investitionen aus. Was jetzt zu tun ist

Das Thema Energiepolitik ist seit Amtsantritt der Bundesregierung im Mai 2025 zu einem ständigen Begleiter des politischen Alltags geworden. Stromausfälle, Energiepreise und Dunkelflauten sind nur einige der Begriffe, die die Debatte prägen. Allen ist bewusst: Unsere Energiepolitik muss sich ändern. Die neue Bundesregierung hat bereits einige wichtige Schritte unternommen – etwa die Netzentgelte gesenkt, die Gas-speicherumlage abgeschafft und die Stromsteuer für produzierendes Gewerbe verringert. Im Mittelpunkt stehen dabei stets die Versorgungssicherheit und die Bezahlbarkeit von Strom.

Investitionen drohen zu platzen

Es reicht jedoch nicht, wie viel Strom wir produzieren und wie günstig dieser ist, wenn der Strom nicht bei den Unternehmen ankommt, die ihn brauchen. Ein funktionierendes Stromnetz ist für eine funktionierende Wirtschaft unerlässlich. Ohne heißt es: Ohne ihn steht der Mittelstand wortwörtlich ohne Anschluss da. Unabhängig von der Verfügbarkeit und der Bezahlbarkeit von Strom sind es nämlich die Netzanschlüsse, die für viele Unternehmen in Deutschland das Nadelöhr darstellen.

Ohne zügige Anschlüsse an das Stromnetz drohen Investitionen zu platzen. Ursache sind lange Wartezeiten, überbordende Bürokratie und ein schleppender Netzausbau – Faktoren, die neuen Investitionen in den Standort Deutschland und damit unsere Wettbewerbsfähigkeit schaden. Ein Verbändebündnis, bestehend aus Bundesverbänden der Energiewirtschaft, des Handels und der Verbraucher, prägte im November vergangenen Jahres treffend: Stromnetzanschlüsse sind systemrelevant!

Wartezeiten drastisch gestiegen

Das Hauptproblem: Die Wartezeiten auf Netzanschlüsse sind in den vergangenen Jahren drastisch gestiegen. Betroffen sind sowohl Verteil- als auch Übertragungsnetze. Unternehmen, die von flüssigen Energieträgern zu (erneuerbarem) Strom wechseln wollen oder neue Investitionen, die getätigt werden sollen, kommen in ihren Plänen nicht voran.

Beispiele gibt es zuhauf: Im Einzelhandel sind die Unternehmen je nach Größe verpflichtet, auf Dach- und Parkflächen Photovoltaik beziehungsweise Ladestationen zu installieren. Bereits 2024 berichtete der Handelsverband Deutschland von Wartezeiten bis zu 18 Monaten. Bei Verzug drohen Strafen – unabhängig von den Gründen. Kapazitätsanfragen von Gewerbe und Industrie erhalten die gleiche Antwort: Es gibt teils mehrjährige Wartezeiten. Es ist ein Standortnachteil, der von der Politik angegangen werden muss. Die Wartezeitproblematik be-

Angelika El-Noshokaty,
Hauptgeschäftsführerin Aluminium
Deutschland e.V.:



Foto: Die Hoffotografen

„Netzanschlusskapazitäten spielen für die Unternehmen unserer Industrie eine wichtige Rolle. Gerade bei der Elektrifizierung von Produktionsprozessen und Standorten sind Anschlusskapazitäten essenziell. Es braucht deshalb ein geordnetes Vergabeverfahren mit klaren, sachgerechten Kriterien etwa hinsichtlich Projektreife. Mit einem ‚Horten‘ von Anschlusskapazitäten ist keinem geholfen. Wichtig ist, dass Besonderheiten der Industrie wie längere Umsetzungszeiträume von Projekten dabei angemessen berücksichtigt werden.“

trifft zahlreiche weitere Bereiche. Jeder Unternehmer, der neue Maschinen installieren, neue Fabriken bauen oder energieintensive Geschäftsfelder erschließen möchte, stößt auf das Problem.

Digitale Transformation wird behindert

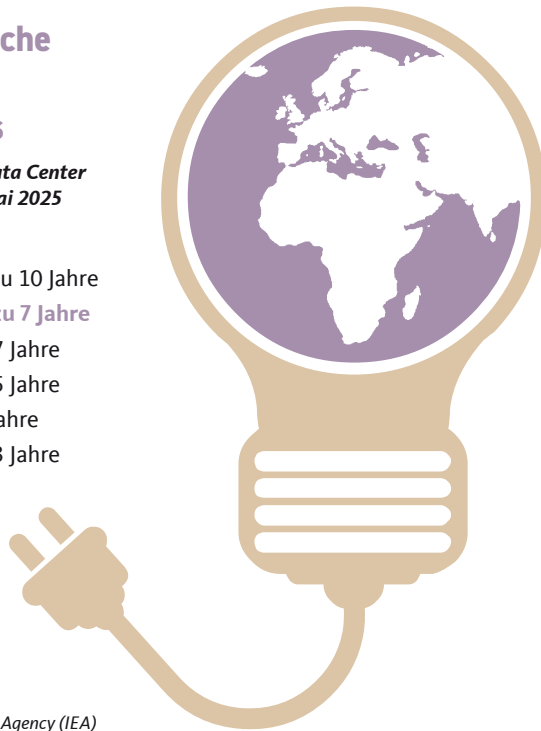
Dass Rechenzentren zukünftig eine Schlüsselrolle einnehmen werden, ist weitgehend unstrittig. Sie sind essenziell für die Digitalisierung und damit der Verwaltung großer Datenmengen. Doch auch sie warten teilweise mehrere Jahre auf einen Anschluss an das Stromnetz. In Deutschland liegt die durchschnittliche Wartezeit für neue Rechenzentren bei sieben Jahren – ein gravierender Missstand, der die digitale Transformation erheblich behindert.

Die Auswirkungen sind offensichtlich: Anschlussprobleme führen zu wirtschaftlichen Verlusten. Für etliche Mittelständler sind sie bereits zu einem Wachstumshemmnis geworden. Fehlende Netzanschlüsse verzögern oder verhindern neue Investitionen. Im Oktober 2025 warnten die Übertragungsnetzbetreiber, dass in den nächsten zehn Jahren vielerorts weder neue Industriegebiete noch Rechenzentren oder Gaskraftwerke angeschlossen werden können. Doch wo liegt das Problem?

Durchschnittliche Wartezeit für Netzanschluss

Zahlen des Monats – Data Center Ecosystem Germany: Mai 2025

Niederlande	bis zu 10 Jahre
Deutschland	bis zu 7 Jahre
UK	8 – 7 Jahre
Spanien	3 – 5 Jahre
Italien	< 3 Jahre
USA (gesamt)	1 – 3 Jahre



Quelle: International Energy Agency (IEA)
– Energy and AI: World Energy Outlook
Special Report, Table 2.4, April 2025.

„Das Stromnetz ist das Rückgrat der Energiewende. Nur wenn die Infrastruktur leistungsfähig, digital und zukunftsfest ist, kann die Transformation gelingen. Wir haben deshalb kein ‚Henne-Ei-Problem‘ – die Infrastruktur muss vorlegen. Der Ausbau und die Digitalisierung der Netze sind die Grundlage, um eine effiziente, flexible Stromversorgung und verlässliche Netzanschlüsse zu gewährleisten. Jeder Anschluss, der nicht realisiert wird, behindert Investitionen in Wettbewerbsfähigkeit, bremst den Fortschritt der Energiewende und gefährdet die Akzeptanz in der Bevölkerung.“

Sarah Bäumchen,
Geschäftsführerin des
Zentralverbands Elektrotechnik-
und Elektronikindustrie (ZVEI):



Foto: ZVEI

Sprunghaft gestiegene Anfrage

Obwohl Netze ausgebaut und neue Anschlusskapazitäten geschaffen werden, können die Netzbetreiber die Menge an Netzanschlussfragen kaum bewältigen. In kurzer Zeit sind Anfragen sprunghaft angestiegen. Der Grund: Mit dem Ziel, den Anteil erneuerbarer Energien am Strommix bis 2030 auf 80 Prozent zu steigern, muss auch der Ausbau von Zwischenspeichermöglichkeiten vorangetrieben werden. EE-Anlagen – Photovoltaik und Wind – sind nicht steuerbar. Sie produzieren, wenn die Sonne scheint und der Wind weht und stehen bei Dunkelheit und Windflaute still.

Der geförderte Ausbau von Photovoltaik oder von Windanlagen führt zu einem rasanten Anstieg im industriellen wie im privaten Bereich. Zusätzliche Batterien und (Groß-)Speicher werden notwendig, um den überschüssigen Strom zwischenspeichern. Im August 2025 berichtete Westnetz, ein Verteilnetzbetreiber mit Sitz in Dortmund, von einem rasanten Anstieg an Anfragen. Während die GmbH im Jahr 2021 noch rund 30 000 Anschlussanfragen verzeichnet hat, stieg die Zahl 2024 auf 70 000 Anfragen an. Zwischenzeitlich wurde ein Höchststand von mehr als 115 000 Anfragen erreicht – und das allein bei einem Netzbetreiber.

Anschlüsse für große Batteriespeicher

Auch die Übertragungsnetzbetreiber verzeichnen ähnliche Entwicklungen. Hier geht es häufig um den Anschluss großer Batteriespeicher. Während die vier Übertragungsnetzanbieter (50Hertz, Amprion, TenneT und TransnetBW) 2022 nur acht Anschlussanfragen für Batteriespeicher registrierten, waren es 2025 bereits 545 – ein Anstieg von über 6 700 Prozent.

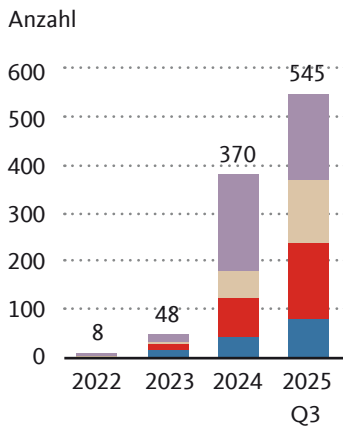
Klare Priorisierung notwendig

Das Problem: Die Netzanschlussanträge werden nach dem Windhundprinzip („First Come, First Served“) bearbeitet. Der Reifegrad eines Projektes spielt bei den Anschlüssen keine Rolle, ein Umstand, der häufig zu Anträgen unreifer und spekulativer Projekte führt. Netzanschlussanträge wie beispielsweise der Anschluss neuer Maschinen eines Handwerksbetriebs, der Anschluss eines Fabrikkomplexes oder die Erschließung neuer Industriestandorte fallen hinten an und verzögern sich um Jahre.

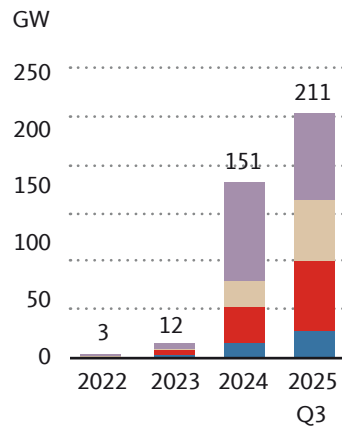
Es besteht dringender Handlungsbedarf beim Umgang mit den Netzanschlussfragen. Ohne eine klare Priorisierung und strukturelle Anpassungen blockieren Anfragen unabhängig vom Reifegrad

Kumulierte Anzahl und Leistung der Netzanschlussanträge von Batteriespeichern

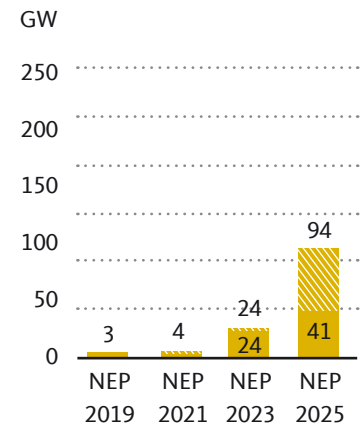
Kumulierte Antragszahl von Batteriespeichern



Kumulierte Antragsleistung von Batteriespeichern



Leistung von Batteriespeichern für 2035 (NEP 2019 & 2021) bzw. 2037 (NEP 2023 & NEP 2025)



■ 50Hertz ■ Amprion ■ TenneT ■ TransnetBW ■ NEP ■ Szenarienbereich

Quelle: 50Hertz, Amprion, TenneT, TransnetBW

oder Nutzen die begrenzten Kapazitäten. Vorschläge zur Überarbeitung der Antragsverfahren gibt es sowohl von den Übertragungsnetz- als auch den Verteilnetzbetreibern. Fakt ist: Das Windhundprinzip führt zu massiven Problemen. Neue Investitionen werden nicht getätigt, neue Industriestandorte entstehen nicht und der Mittelständler wartet Jahre, bis er seine größeren Maschinen ans Netz bringen kann. Die oft unterschätzte Hürde: die Anschlusskapazitäten der Netze.

Neue Verfahren nötig

Wenn Netzanschlüsse zum limitierenden Faktor für Investitionen, Elektrifizierung und Digitalisierung werden, reicht

ein weiterer Zubau von Anschlüssen nicht. Neben zusätzlichen Kapazitäten braucht es vor allem neue Verfahren, die nach Projektreife und Projektart priorisieren, um Anschlusskapazitäten gezielter zu vergeben. Gerade mittelständische Investitionen dürfen nicht hinter spekulativen und langfristig unsicheren Projekten zurückstehen. Wer die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts sichern will, muss deshalb das Anschlussverfahren reformieren.



Shereef Salzmänn
Referent für Energie-, Klima- und
Umweltpolitik

Anzeige

Logistik-Lösungen für Leistungsträger

dynamisch · zertifiziert · inhabergeführt



Logistik · Network · Workspace

Für kleine und ganz große Aufgaben:

140.000 Palettenstellplätze · 160 Fahrzeuge · 450 Mitarbeiter · Warehouse-Management · SAP · Onlinehandel · Akku-/Batterie-/Gefahrgutlager, Sondertransporte · Sicherheitsbereich · Entsorgung · eigenes Büro möglich, Aviation-Service · Reg.B. · BIO-zertifiziert · 365/24 -Lager im Dreieck A7 / A2



www.ebeling-logistik.de

Hannover / Wedemark · Tel. 05130-5800-0



Wir schaffen wirtschaftliche Lösungen

EBELING
Logistik

EU-Check

In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben.



KMU aufgepasst: EU-weite Online-Unternehmensgründung in unter 48 Stunden kommt

Am 18. März soll der Kommissionsvorschlag zum 28. Regime kommen. Es soll eine EU-weit gültige, innerhalb von 48 Stunden vollständig digital gründbare Unternehmensform eingeführt werden – besonders für exportorientierte Start-ups ist das attraktiv. Das Ziel: Gesellschaftsrecht harmonisieren, EU-Binnenmarktpotenzial besser ausschöpfen und Kapitalzugang vereinfachen. Unternehmen sollen ohne zusätzliche Verwaltungsanforderungen oder Neugründung EU-weit aktiv sein können. Wichtig ist die Einführung von standardisierten Dokumenten, E-Rechnungen und die Anbindung an das EU-Business-Wallet. Das Parlament hatte zum 28. Regime im Januar bereits einen Initiativbericht beschlossen.



Umweltomnibus: Chance bei Vereinfachung des Umweltrechts nicht versäumen

In der Umweltgesetzgebung ist das Vereinfachungspotenzial für KMU groß. Der

Umweltomnibus ist hier eine Chance, die wir nicht streichen lassen dürfen. Die Liste der Richtlinien, bei denen angesetzt werden muss, ist lang: Industrieemissions-, Vogelschutz- und FFH-Richtlinie, Ökodesign- und Batterie-Verordnung... Einige Aspekte des Vorschlags vom 10. Dezember sind zu begrüßen, wie die Abschaffung der SCIP-Datenbank für besorgniserregende Stoffe. Andere Aspekte, etwa die Vereinfachung der Verpackungsverordnung, die am 12. August 2026 wirksam wird, fehlt komplett. Gleiches für die Ökodesignrichtlinie. Ab 2030 müssen Mittelständler hier detaillierte Produktangaben machen.



Die Jury

Marion Walsmann (CDU) und Markus Ferber (CSU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe

PKMEurope
der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

„Ich bin neu in der MIT, weil ...

... ich die Interessen von Freiberuflern und Selbstständigen aktiv vertreten möchte.“



Claudia Schink

PR-Beraterin, MIT Hamburg

Claudia Schink lebt mit ihrer Familie in Hamburg und hat Politikwissenschaften studiert. Nach einem Volontariat zur Journalistin war sie viele Jahre stellvertretende Chefredakteurin beim Heinrich Bauer Verlag in Hamburg und ist weiterhin als freiberufliche Journalistin und PR-Beraterin tätig. Claudia Schink engagiert sich für Bildungsförderung und ist Gründungs- sowie Vorstandsmitglied des bundesweiten mehrsprachigen Bildungsförderprogramms „Bücherkoffer“ von coach@school e.V. Zudem ist sie kooperiertes Mitglied des Vorstands der CDU Eppendorf/Hoheluft Ost. Privat genießt sie ihre Zeit am liebsten mit der Familie, ist begeisterte Hicycle-Sportlerin, liebt die Spaziergänge mit ihrem Hund und sammelt zeitgenössische Kunst.

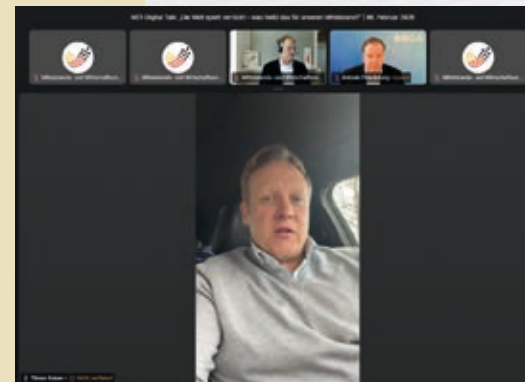
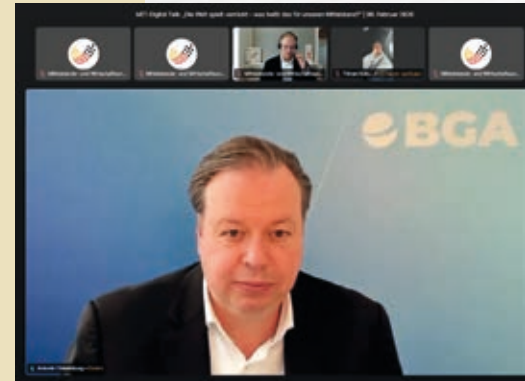
Die MIT ist mit rund 25 000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. In unserer Vereinigung ist jeder willkommen, der die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft schätzt. In dieser Rubrik stellen wir mit jeder Ausgabe unsere Neumitglieder vor. Mehr Infos zur Mitgliedschaft: www.mit-bund.de/mitgliedschaft

Jobs erhalten – trotz unruhiger Weltlage

Unter dem Titel „Die Welt spielt verrückt – was heißt das für unseren Mittelstand?“ hat die MIT am 6. Februar dieses Thema in einem Digital Talk erörtert. Im Zentrum der Veranstaltung stand die Frage, was der Mittelstand und die Politik jetzt tun können, um auch angesichts globaler Umwälzungen Arbeitsplätze und Wohlstand zu erhalten.

Eingeleitet wurde die Veranstaltung mit Impulsen von Tilman Kuban MdB (Foto r. u.), Co-Vorsitzender der MIT-Schnittstelle Europa, und Antonin Finkelnburg, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands Großhandel, Außenhandel und Dienstleistungen (BGA, Foto r. o.). Tilman Kuban zeigte auf, dass die Zeitenwende über bloße militärische Aspekte hinausgehen müsse. So müsse man handelspolitisch schneller voranschreiten und wettbewerbsfähiger werden.

Antonin Finkelnburg skizzierte die geopolitisch angespannte Weltlage und betonte, dass Handelsabkommen deutlich schneller zum Abschluss kommen müssen. Unter Moderation von Dr. Christoph Sprich, Leiter Wirtschafts- und Finanzpolitik in der MIT, folgte eine Diskussion mit den über 60 Teilnehmern. Hier wurde intensiv über die aktuellen Herausforderungen für KMU am Standort Deutschland diskutiert, etwa im Bereich Energie- und Steuerpolitik. Insgesamt zeigte sich, dass der Mittelstand stark von globalen Unsicherheiten abhängig ist und dass die MIT sich auch weiterhin intensiv mit diesen Themen beschäftigen muss.



Sitzung

MIT-Bundesvorstand tagt im Konrad-Adenauer-Haus

Das Jahr 2026 begann für die MIT-Bundesgeschäftsstelle mit einem wichtigen Auftakt: Am 26. Januar tagte der Bundesvorstand im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin.

Da Schnee und Eis große Teile der Hauptstadt und des Landes fest im Griff hatten, nahmen viele Vorstandsmitglieder aus verständlichen Gründen digital teil.

Ein besonders herzlicher Willkommensgruß galt den neuen Gästen im Bundesvorstand: Die Vorsitzenden der verschiedenen Arbeitskommissionen der MIT-Bundesebene sind künftig als ständige Gäste eingeladen. Sie haben wertvolle

fachliche Perspektiven und werden ihre Einschätzungen zu den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen des Mittelstands und der Wirtschaft aktiv einbringen – eine Bereicherung für die Diskussionen und Entscheidungen.

Das Jahr 2026 steht ganz im Zeichen eines unverändert hohen Reformdrucks. Deutschland braucht klare Weichenstellungen, um wieder wettbewerbsfähig, zukunftssicher und wirtschaftlich stark zu werden. Genau darüber hat der Bundesvorstand intensiv beraten: Welche politischen Impulse jetzt gesetzt werden müssen, um das Land wieder auf einen klaren Wachstumskurs zu bringen.



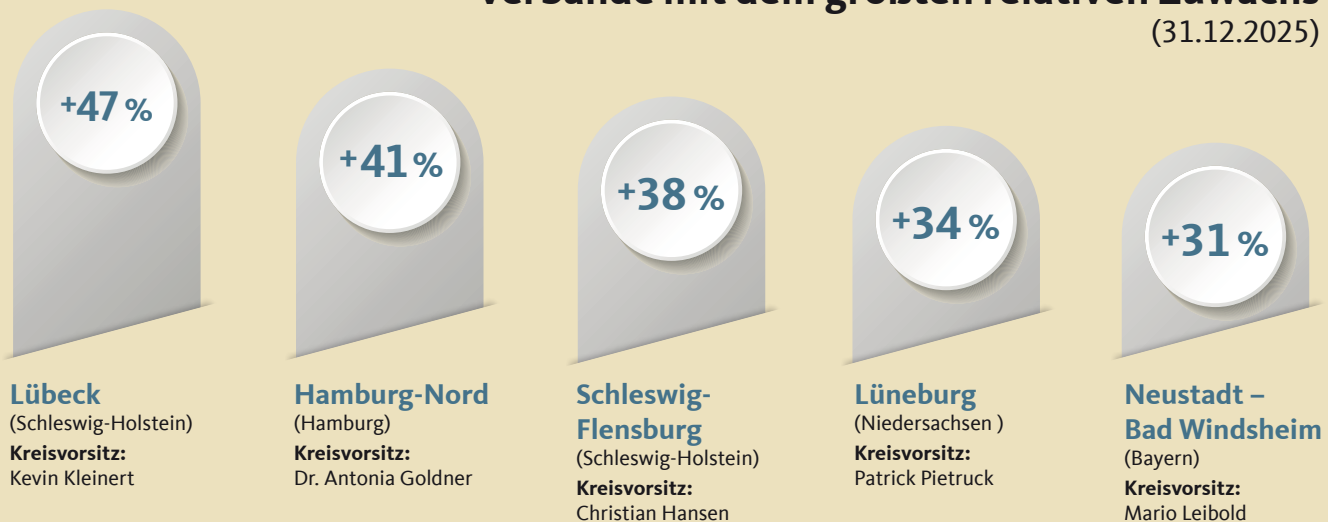


Mitgliederstatistik

Die fünf größten MIT/MU-Kreisverbände (31.12.2025)



Verbände mit dem größten relativen Zuwachs (31.12.2025)



Verbände mit dem größten absoluten Zuwachs (31.12.2025)



Nie wieder verzetteln.



Zettelwirtschaft war gestern.

Jetzt automatisieren und Zeit sparen.

Business-Software mit KI

Sage

ER MACHT, WAS ER LIEBT

Yannik Spielmann

Restaurantbesitzer & Koch von Hawara

WIR MACHEN DEN BÜROKRAM.

Mit Lexware läuft deine Buchhaltung automatisch, damit du dich auf deine Leidenschaft konzentrieren kannst. Hol' dir jetzt Lexware Office für dein Business: [lexware.de](https://www.lexware.de)

Lexware



INHALT

2 Nordrhein-Westfalen
Knapp 98 Prozent für Angela Erwin als Vorsitzende
MIT-Merch ab 1. Februar 2026 online!

5 Baden-Württemberg
Manuel Hagel – CDU-Spitzenkandidat für Baden-Württemberg in Kuppenheim
Ohne Reformagenda bleiben wir in der Stagnation stecken

6 Hamburg
Brüsseler Brillanz gewinnt Hamburger Herzen

6 Hessen
MIT Hessen mit neuem Landesvorstand

6 Mecklenburg-Vorpommern
Landesvorsitzende kandidiert für den Landtag
Vorbereitung auf den CDU-Parteitag

7 Niedersachsen
KI-Anwendungen und smarte Technologien
Klare Forderungen im Wohnzimmer der Lindenhalle

9 Rheinland-Pfalz
Gemeinsamer Neujahrsempfang setzt starkes Zeichen für länderübergreifende Mittelstandsallianz

10 Schleswig-Holstein
Starker Auftakt ins neue Jahr: MIT Schleswig-Holstein diskutiert wirtschaftspolitische Weichenstellungen

11 Thüringen
Thüringen vibriert in Jena

12 Hessen
MIT Hochtaunus läutet das Wahljahr im Kinopolis ein



Knapp 98 Prozent für Angela Erwin als Vorsitzende

Nordrhein-Westfalen. Fast 400 Delegierte und Gäste beim diesjährigen Mittelstandstag der MIT NRW. So voll war es schon lange nicht mehr. Die beeindruckende Liste der Verbändepräsidenten und Hauptgeschäftsführer, der Abgeordneten und Regierungsvertreter in der Kokerei Hansa konnte sich sehen lassen. Neben dem Ministerpräsidenten Hendrik Wüst MdL, sprach der Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung, Dr. Karsten Wildberger, vor der eindrucksvollen Industriekulisse. Der Bundesminister wurde symbolisch für das „Bohren dicker Bretter“ mit einer Bohrmaschine der MIT NRW ausgestattet.

Viele prominente Politiker kamen zum Empfang

Mit den beiden ebenfalls mit einer Rede auftretenden Ministerinnen Ina Brandes (Kultur und Wissenschaft) und Ina Scharrenbach (Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung) konnte Hendrik Wüst zudem einen erheblichen Teil seines Kabinetts vor Ort begrüßen. Besonders bejubelt wurde der Auftritt des neuen Oberbürgermeisters der Stadt Dortmund, Alexander Kalouti, wohl dem beson-

deren Wahlsieger der Kommunalwahlen in NRW. Und wenn dieser dann noch vor Ort in die MIT NRW als Mitglied eintritt und sich bedankt, dass man ihm knapp ein Jahr zuvor prophezeit hatte, dass das klappen würde – was kann man sich mehr wünschen?

Die gute Stimmung zeigte sich auch in den Wahlergebnissen. Die Vorsitzende Angela Erwin MdL, erhielt fantastische 97,8 Prozent der Stimmen bei ihrer Wiederwahl und freute sich über insgesamt sehr harmonische Wahlen mit auch ein paar neuen Gesichtern im Vorstand.

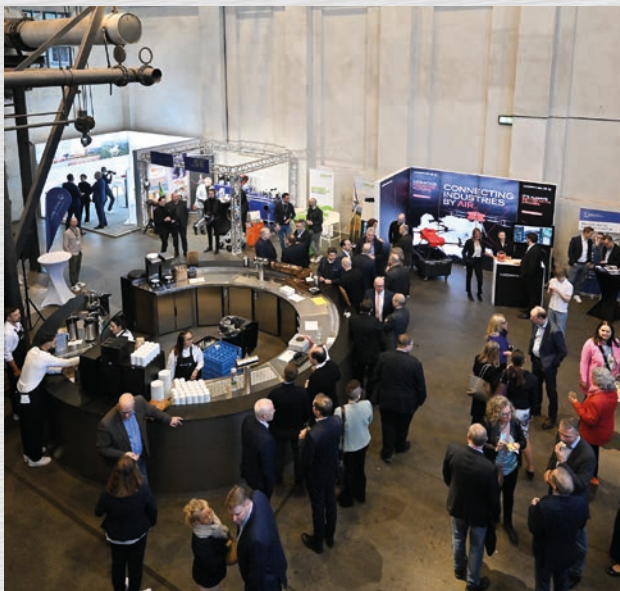
Inhaltlich war der Mittelstandstag unter dem Titel „Innovation, Dynamik, Wachstum“ ganz klar bundespolitisch geprägt. Im Rahmen der inhaltlichen Debatten und Beschlüsse erfolgten Positionierungen unter anderem zu einer klaren Absage an die Einbeziehung weiterer Einnahmearten in die Rentenbeitragspflicht, zur Aktivrente beziehungsweise zu Verbesserungsmöglichkeiten für weitere Tätigkeiten von Unternehmen im Alter, zu vergaberechtlichen Themen sowie zu einer Stärkung der Clearingstelle Mittelstand.

Der Mittelstandstag wird zudem traditionell von einer Wirtschafts-

schau begleitet. In diesem Jahr war diese vollständig ausgebucht und präsentierte das Who's who der Verbände sowie einiger Unternehmen aus NRW. Bei der MIT trifft man sich zum netzwerken und zum Austausch. Ein Dank gilt allen Partnern, die zu diesem Großevent jedes Mal beitragen. Als Wegzehrung nach seinem Rundgang gab es für Hendrik Wüst dann auch noch eine „Stulle auf den Weg“, geliefert von einer Logistikdrohne.

Ganz besonderer Abschluss dieses „Familientreffens der MIT NRW“ war schließlich der Tagesordnungspunkt Ehrungen. Ministerin Ina Scharrenbach erhielt aus den Händen der Landesvorsitzenden den Goldenen Kompass der MIT NRW mit der Nummer 007. Friedhelm Müller, Ehrenvorsitzender der MIT Ruhr, wurde mit dem Silbernen Kompass ausgezeichnet. Auch die ausscheidenden Landesvorstandsmitglieder wurden mit Dank auf die Bühne gebeten.

Alle Wahlergebnisse, Beschlüsse und vor allem Impressionen sowie die komplette Tagung als Stream finden Sie online unter www.mit-nrw.de beziehungsweise auf unserem YouTube-Kanal www.youtube.de/mitnrw.



Fotos: MIT NRW / Michael Lübke

MIT-Merch ab 1. Februar 2026 online!

Nordrhein-Westfalen. Bereits beim Mittelstandstag gab es „MIT-Merch“. Ab dem 1. Februar ist nun auch der Online-Shop live, und man kann dort Tassen, diverse Kugelschreibermodelle, Aufkleber, Babybodys als Präsent für werdende Eltern (Aufschrift „kleiner Mittelstand“), Acrylbuchstaben und LED-Leuchtkästen bestellen.

Dabei konzentriert sich die MIT Nordrhein-Westfalen bewusst auf den Kern-Claim der MIT – unsere drei Buchstaben – und verzichtet auf eine Regionalisierung. Stefan Simmnacher erklärt: „Wir bieten hier etwas an, was lange schon ersehnt wurde. Eigentlich machen Werbemittel nur in Stückzahlen Sinn, die auf lokaler Ebene schlicht nicht zusammenkommen. Wir sind deswegen überzeugt davon, dass Regionalisierung im Bedruckten – so wünschenswert sie auch sein mag – nicht zielführend ist.“

Die MIT Nordrhein-Westfalen hat mit der Firma Meredis Incentives zudem einen professionellen Partner gefunden, der dieses Konzept mit großem Engagement umsetzt. Fast alle Produkte werden von Meredis



Im Webshop der MIT NRW gibt es zunächst Acrylbuchstaben, Tassen, Kugelschreiber, Babybodys, Aufkleber und LED-Stelen – und demnächst sicherlich noch mehr.



Foto: MIT NRW

vorproduziert und auf Lager gehalten. „Einzig bei Produkten wie LED-Leuchtkästen, Theken oder Bannern bietet Meredis an, auch lokal gebrandete Bezüge und Bspannungen zu drucken sowie das jeweilige Design abzusprechen und zu gestalten. Das können und sollen die Kunden bilateral abstimmen und sich dafür separate Angebote machen lassen. Uns ist wichtig, dass man mit wenigen Klicks Standardprodukte bestellen kann und diese auch flott und zu einem fairen Preis erhält“, so Simmnacher.

Außerdem will die MIT NRW das Portal künftig auch für die eigene

Wahlkampflogistik nutzen. Sie erinnern sich an die Fahrzeugfolien im letzten Landtagswahlkampf? Komplizierte Abholvereinbarungen oder aufwendige Versandprozesse durch die Landesgeschäftsstelle sollen zukünftig über „kostenlose“ Wahlkampfmaterialien-Bestellungen abgewickelt werden können. Wer sich für den MIT-Merch interessiert, kann einfach einmal surfen gehen: Unter www.mit-nrw.de kann bundesweit und darüber hinaus frei bestellt werden. Vielleicht ist ja schon jetzt – im künftig noch erweiterbaren Angebot – etwas für Sie dabei.

Baden-Württemberg

Manuel Hagel – CDU-Spitzenkandidat für Baden-Württemberg in Kuppenheim

Kuppenheim. Mit großer Resonanz und einem Teilnehmerkreis von 160 Personen fand am Sonntagnachmittag die Veranstaltung mit Manuel Hagel bei der Firma Hettich GmbH Parkett und Boden in Kuppenheim statt.

Die MIT Baden-Baden/Rastatt hatte gemeinsam mit dem Wahlkreis 32 Rastatt des Landtagskandidaten Alexander Becker zu dieser Veranstaltung eingeladen.

Der Spitzenkandidat der CDU Baden-Württemberg zeigte in einer kämpferischen Rede, wie er als zukünftiger Ministerpräsident das Land

aus der Krise ziehen will. Mit Sachverstand und in Klartext analysierte er Krisenfelder und zeigte notwendige Veränderungen sowie konkrete Handlungsfelder auf. Leidenschaftlich warb er für Maßnahmen, die notwendig sind, um Industrie und Wirtschaft – insbesondere mittelständische Unternehmen – durch weniger Regulierung und mehr unternehmerische Freiräume wieder auf Erfolgskurs zu bringen. Auch eine offensive Bildungspolitik sowie die Stärkung der Eigenverantwortung der Bürger will er mit hoher Priorität umsetzen.



Manuel Hagel „in Action“

Foto: © 2026 MIT / M. Kandior

In der anschließenden Fragerunde wurde die Befürchtung geäußert, dass es bei der Landtagswahl am 8. März zu schwierigen Mehrheitsverhältnissen kommen könnte – ähnlich der aktuellen Koalition im Bund. Es entwickelte sich eine angeregte Diskussion, in der sich Manuel Hagel

entschlossen zeigte, auch bei Widerständen die Herausforderungen anzunehmen.

Insgesamt bot die Veranstaltung eine sehr gute Gelegenheit, den Spitzenkandidaten der CDU, Manuel Hagel, zu erleben und kennenzulernen – eine gelungene und wichtige Ver-

anstaltung der mittelständischen Unternehmen in Baden-Baden und Rastatt vor der Landtagswahl.

MIT Baden-Baden und Rastatt – die Stimme des Mittelstands in Baden!

Ohne Reformagenda bleiben wir in der Stagnation stecken

Baden-Württemberg. Das Land steht wirtschaftlich unter erheblichem Druck. Steigende Energiepreise, zunehmender internationaler Wettbewerb und strukturelle Probleme in Schlüsselindustrien stellen Mittelstand und Industrie vor große Herausforderungen. Im Interview mit dem Wirtschaftsforum spricht Günther Oettinger über den Zustand des Wirtschaftsstandorts, notwendige Reformen in Bund und Land sowie über die Erwartungen an eine künftige Landesregierung.

Herr Oettinger, wie geht es Ihnen – und womit beschäftigen Sie sich momentan?

Nach meiner politischen Laufbahn arbeite ich wieder als Berater. Meine Lebensgefährtin und ich führen gemeinsam eine Consultingfirma mit vielfältigen Beratungsmandaten. Darüber hinaus bin ich in mehreren Aufsichtsräten und Beiräten engagiert und begleite größere wirtschaftliche Projekte.

Sind wir am Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg noch wettbewerbsfähig?

Europa fällt im weltweiten Wettbewerb zurück, Deutschland im Besonderen. Baden-Württemberg ist als Exportland besonders betroffen – etwa durch Strafzölle und den zunehmenden Wettbewerb mit chinesischen Anbietern. Wenn große Unternehmen wie Bosch, ZF oder die Automobilhersteller unter Druck geraten,

trifft das auch Zulieferer und den Maschinenbau. Ohne eine neue politische Agenda wird es nicht gehen.

Was muss jetzt konkret passieren?

Wir müssen die grundlegenden Fähigkeiten an den Schulen verbessern – Lesen, Schreiben, Rechnen. Gleichzeitig ist die Energiewende in ihrer bisherigen Ausgestaltung misslungen, weil Strom- und Gaspreise zu hoch sind. In der Arbeitswelt müssen Einkommen zum Leben reichen, gleichzeitig muss aber auch die Produktivität steigen. Im internationalen Vergleich arbeiten wir zu wenig Stunden pro Jahr.

Braucht es dafür auch unbequeme Entscheidungen?

Ja. Ohne Reformagenda und ohne Mut zu Zumutungen werden wir in der Stagnation verharren. Weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer können sich der Realität entziehen. Diese Politik ist nicht nur wirtschaftlich notwendig, sie ist auch demokratiepolitisch geboten.

Welche Rolle spielen CDU und MIT?

Die MIT ist ein wichtiges Sprachrohr des Mittelstands. Sie muss Missstände klar benennen und darauf drängen, dass wirtschaftliche Vernunft Leitlinie von Koalitionsverhandlungen wird. Wirtschaft, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit müssen im Mittelpunkt stehen.

Ihr Schlusswort?

Unternehmerisches Handeln ist anspruchsvoll. Umso wichtiger ist politisches Engagement. Ich würde mir wünschen, dass mehr Unternehmerinnen und Unternehmer bereit sind, Verantwortung zu übernehmen – auch durch eigene Kandidaturen bei Kommunalwahlen.



Foto: MIT BaWü

Günther Oettinger war von 2005 bis 2010 Ministerpräsident von Baden-Württemberg und von 2010 bis 2019 Mitglied der Europäischen Kommission, unter anderem als Kommissar für Energie, Digitale Wirtschaft sowie Haushalt und Personal. Heute ist er als Berater tätig, Mitinhaber einer Consultingfirma, in mehreren Aufsichtsräten und Beiräten engagiert und begleitet größere wirtschaftliche und strategische Projekte. Seit 2021 ist er Präsident der EBS Universität für Wirtschaft und Recht.

Brüsseler Brillanz gewinnt Hamburger Herzen

Hamburg. Gemeinsam mit zwei CDU-Ortsverbänden aus Hamburgs Nordosten lud die MIT zu einer besonderen Veranstaltung unter dem Motto „Europa stärken – Freiheit sichern“ ein. Im Mittelpunkt des Abends standen die aktuell vielfältigen Herausforderungen und Perspektiven der europäischen Politik. Prominenter Gastredner war David McAllister MdEP, Vizepräsident der Europäischen Volkspartei und Vorsit-

zender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten im Europäischen Parlament. Mit seiner langjährigen Erfahrung und einem klaren, pointierten Blick auf die europäische Zukunft spannte der frühere Ministerpräsident Niedersachsens einen thematisch weiten Bogen und setzte wertvolle Impulse. Der Brüsseler Gast gehört zu den nicht allzu zahlreichen Politikern, deren rhetorischer Brillanz ein Publikum gut und gern auch die

Foto: MIT Hamburg



David McAllister nahm seine Zuhörerinnen und Zuhörer mit auf eine einblicksreiche Reise.

doppelte Zeit ohne Ermüdungsercheinungen folgen würde. Diese Gabe spielte McAllister auch bei dieser Veranstaltung wieder voll aus. Im Anschluss gab es einen persönlichen Austausch in entspannter Atmosphäre bei dem einen oder anderen Wein.

MIT Hessen mit neuem Landesvorstand

Fulda. In Fulda kamen Ende letzten Jahres die Delegierten der rund 2.000 Mitglieder der MIT Hessen zusammen. Der MIT-Landesvorsitzende Marco Reuter aus dem Kreisverband (KV) Fulda wurde bei nur einer einzigen Gegenstimme im Amt bestätigt. Seine Stellvertreterinnen und Stellvertreter sind:

- Jürgen Diener (KV Fulda), Christoph Fay (KV Frankfurt am Main), Elke Jesinghausen (KV Waldeck-Frankenberg), Dr. Reinhard Völker (KV Wiesbaden) und Matthias Wilkes (KV Bergstraße). Schatzmeister bleibt Robert Lange (KV Frankfurt am Main).

Dem Präsidium gehören außerdem Lukas Henke (KV Main-Kinzig) und Claus Ullrich (KV Fulda) an. Zudem wurden 14 Beisitzer gewählt:

- Stefan Ament (KV Main-Kinzig), Marion Bitterlich (KV Waldeck-Frankenberg), Dr. Vinzenz Bödeker (KV Main-Taunus), Verena David (KV Frankfurt am Main), Frank Ehnis (KV Gießen), Dr. Paul-Stefan Freiling (KV Hochtaunus), Martin Giese (KV Vogelsberg), Martin Himmelmann (KV Fulda), Pilar May (KV Wiesbaden), Ralph Pittich (KV Darmstadt-Dieburg), Kristin Reinhardt (KV Fulda), Steffen Reitz (KV Main-Kinzig), Lisa Schäfer (KV Lahn-Dill) und Raif Toma (KV Wetterau).

Foto: MIT Hessen



Landesvorsitzende kandidiert für den Landtag

Schwerin. Die CDU Mecklenburg-Vorpommern hat am 10. Januar 2026 seine personellen Weichen für die Landtagswahl im September 2026 gestellt.

Die Landesvorsitzende Dorin Mützel-Brenncke ist eine von 36 Direktkandidaten und wurde mit herausragenden 88 Prozent auf den Listenplatz 13 gewählt.

Wenn das keine Glückszahl ist. „Ich freue mich auf den bevorstehenden Wahlkampf und hoffe, dem Mittelstand im neuen Landtag von Mecklenburg-Vorpommern eine starke Stimme geben zu können“, so die Landesvorsitzende der MIT MV.

Foto: MIT MV



Dorin Mützel-Brenncke

Vorbereitung auf den CDU-Parteitag

Am 22.01.2026 startete der Landesvorstand der MIT MV mit einer Sitzung ins neue Jahr. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Anträge für den 38. CDU-Bundesparteitag die Vorbereitung der im April in Schwerin stattfindenden Bundesvorstandsklausur. Die MIT freut sich sehr, in diesem Jahr Gastgeber sein zu dürfen.

KI-Anwendungen und smarte Technologien

Lingen. Der MIT-KV Lingen lud im Rahmen der Veranstaltungsreihe „MIT am Mittwoch“ ins IT-Zentrum Lingen zum Thema „KMU* & digitale Transformation – KI-Anwendungen und smarte Technologien“ ein.

Michael Schnaider, Geschäftsführer der it.emsland, und Sascha Baden, Projektleiter & Netzwerkmanager im Mittelstand-Digital Zentrum Lingen.Münster.Osnabrück, referierten zum Thema digitale Transformation im Emsland. Als besonderer Gast der MIT ordnete Jens Hofschröder, Stadtrat für Digitales und Wirtschaft der Stadt Wolfsburg und Oberbürgermeisterkandidat der CDU Lingen (Ems), das Thema aus seiner Perspektive ein und beantwortete Fragen aus dem Publikum.

Der digitale Wandel verändert die Arbeitswelt auf vielfältige Weise. Es entstehen neue Geschäftsmodelle und Strukturen im Wettbewerb. Innovative Technologien sowie die Nutzung von Daten schaffen zusätzliche Möglichkeiten. Digitalisierung soll Prozesse vereinfachen und optimieren, Mitarbeitende entlasten, Flexibilität ermöglichen und die Unternehmen langfristig zukunftsfähig machen.

Digitale Lösungen können alle nutzen

Digitale Lösungen sind für alle da – egal ob Großkonzern, Mittelständler oder Start-up. Jedes Unternehmen kann mit der richtigen Strategie zum digitalen Vorreiter werden und sich damit langfristig im Wettbewerb behaupten. Unter dem Leitbild „Digitale Zukunftsfähigkeit(en) im ländlichen Raum“ wird mit einem besonderen Augenmerk die ländlich geprägte Region unterstützt.

Digitale Technologien sind Werkzeuge, um Ziele leichter zu erreichen. Geschäftsmodell, Strategie, Unter-



V.l.n.r.: Vorstand MIT KV Lingen Thomas Langer und Achim Helming

nehmenskultur und digitale Technologien sollten daher zusammengedacht werden. Der Mensch steht dabei immer im Mittelpunkt. Mit diesem ganzheitlichen Ansatz werden Unternehmen auf dem Weg der digitalen Transformation unterstützt.

Gerade der Austausch von Unternehmen untereinander ist ein wichtiger Baustein, um gemeinsam zu wachsen. Etablierte Unternehmen, Start-ups und Forschung werden vernetzt und haben die Möglichkeit über verschiedene Plattformen voneinander zu lernen und miteinander ins Gespräch zu kommen, um eine nachhaltige und zukunftsfähige Wirtschaft zu entwickeln.

Das Mittelstand-Digital Zentrum Lingen.Münster.Osnabrück begleitet KMU auf ihrem Weg der digitalen Transformation und unterstützt bei der Gestaltung und Umsetzung zukunftsfähiger Geschäftsmodelle. Mit dem kostenlosen Angebot sensibilisiert, informiert und qualifiziert es MitarbeiterInnen und Führungskräfte in wichtigen Digitalisierungsfragen. Unterstützung gibt es auch für die Umsetzung konkreter Digitalisierungsvorhaben.

Die IT-Dienstleistungsgesellschaft



Michael Schnaider, Geschäftsführer der it.emsland



Teilnehmer

mbH Emsland, kurz it.emsland, ist eine wirtschaftsfördernde Einrichtung, die regionale Unternehmen dabei unterstützt, die Chancen der Digitalisierung für sich zu nutzen und Informationstechnologien gewinnbringend in ihren Arbeitsalltag zu integrieren. it.emsland wird vom Landkreis Emsland und der Stadt Lingen (Ems) getragen. Beide Gesellschafter haben je einen Anteil von 50 Prozent.

*KMU steht für kleine und mittlere Unternehmen und wird EU-weit durch die Europäische Kommission definiert: Es sind Betriebe mit weniger als 250 Mitarbeitern und entweder einem Jahresumsatz von höchstens 50 Millionen Euro oder einer Jahresbilanzsumme von höchstens 43 Millionen Euro.

Klare Forderungen im Wohnzimmer der Lindenhalle

Wolfenbüttel. Der MIT-Kreisverband Wolfenbüttel hatte Mitte Januar zum Jahresempfang in die Lindenhalle eingeladen – und über 340 Gäste aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft folgten der Einladung.

Der Abend wurde zu einem politischen Wohnzimmer des Mittelstands, in dem klare Forderungen an die Politik formuliert wurden. Der Vorsitzende Steffen Maschke eröffnete den Empfang auf einer Bühne, welche einem komplett eingerichteten Wohnzimmer glich. „Im Wohnzimmer treffen Familienunternehmer auf Familienmitglieder. Hier wird offen gesprochen, gestritten, nachgedacht – und am Ende entschieden.“ Genau diese Kultur brauche der Mittelstand in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit, zunehmender Bürokratie und politischer Eingriffe.

Wirtschaftliche Lage ist schwierig

Doch bei aller Feierstimmung blendete Maschke die Realität vor den Türen der Lindenhalle nicht aus. In seiner Rede machte er deutlich, dass die aktuelle wirtschaftliche Lage schwierig ist und viele Betriebe hart trifft. Dennoch sei Jammern keine Option für den Mittelstand: „Wir packen an“, betonte er. Was die Unternehmen dafür jedoch bräuchten, sei-



V.l.n.r.: Landratskandidat Wolfenbüttel, Tobias Thureau, Dirk Viehbrock, Prof. Dr. Reza Asghari MdB und Holger Bormann

en keine „Formulare in dreifacher Ausführung“ oder neue bürokratische Etiketten aus Berlin. Er forderte stattdessen Praxisbezug, Verlässlichkeit und das Vertrauen der Politik in die Wirtschaft. Er brachte das Selbstverständnis der Unternehmer auf den Punkt: „Der Mittelstand denkt nicht nur in Legislaturperioden.“ Statt lange zu rechnen und zu zaudern, werde an der Basis einfach gemacht. Sein Zitat des Abends war daher eine klare Ansage: „Wir machen es pragmatisch.“

Einen inhaltlichen Schwerpunkt setzte der Impulsvortrag von Dirk Viehbrock, Vorstandsvorsitzender der Viehbrockhaus AG. Offen berichtete er über die Herausforderungen der Unternehmensnachfolge in Familienbetrieben. Die Fußstapfen seien groß, Nachfolge kein Automatismus, sondern ein Prozess, in den man hineinwache – bei ihm gemeinsam mit seinen drei Brüdern. Anhand praxisnaher Beispiele zeigte er, was bei Übergaben gelingen kann, aber auch, welche Fehler Betriebe gefährden. Deutlich wurde es im Talk zwischen Steffen Maschke und Holger Bormann, Landesvorsitzender der MIT Niedersachsen. Bormann richtete eine klare Botschaft an die Politik: „Familienbetriebe dürfen nicht weiter belastet werden, insbesondere nicht

durch zusätzliche Eingriffe bei der Erbschaftsteuer. Der Mittelstand ist das Rückgrat der deutschen Wirtschaft – gerade in der größten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Wer Nachfolge erschwert, gefährdet Arbeitsplätze, Investitionen und Existenzen. Die MIT Niedersachsen wird alles dafür tun, um weitere Belastungen zu verhindern – notfalls auch öffentlich und laut.“

Demokratie beginnt vor der Tür

Dass Wirtschaft und soziale Verantwortung untrennbar zusammengehören, verdeutlichte ein Dialog auf der Bühne mit Hannes Wendler vom Landesvorstand der Johanniter. Er berichtete, dass sie nur etwa 20 Prozent ihrer Mittel aus staatlichen Quellen beziehen – der große Rest müsse über Förder- und Spendenmittel finanziert werden. Ein Appell, der wirkte: Die Gäste ließen sich nicht lange bitten und eine beachtliche Spendensumme wurde im Rahmen einer Verlosung gesammelt.

Zum Abschluss richtete sich ein eindringlicher Appell an die Gäste: 2026 ist Kommunalwahljahr. Demokratie beginne nicht am Fenster, sondern vor der Tür. Unternehmerinnen und Unternehmer wurden aufgerufen, sich einzubringen – durch Unterstützung, eigenes Engagement oder eine Kandidatur in Orts-, Gemeinde-, Stadt- oder Kreistagen.

Nach dem offiziellen Teil verlagerte sich das Geschehen ins Foyer. Bis spät in die Nacht wurde bei bester Verpflegung genetzt, diskutiert und gelacht. Das Thema „Generationswechsel“, das Dirk Viehbrock in seiner Rede angestoßen hatte, blieb auch an den Stehtischen präsent. Es war ein Abend, der zeigte: Der Mittelstand steht zusammen, feiert seine Erfolge, verschließt aber nicht die Augen vor den Herausforderungen.



Hannes Wendler (Johanniter), Holger Bormann (MIT-Landesvorsitzender) und Steffen Maschke (MIT-Kreisvorsitzender)

Gemeinsamer Neujahrsempfang setzt starkes Zeichen für länderübergreifende Mittelstandsallianz

Mainz. Mit einem ausgebuchten gemeinsamen Neujahrsempfang haben die beiden Landesvorsitzenden der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Rheinland-Pfalz (Gereon Haumann) und Hessen (Marco Reuter) gemeinsam mit dem IT Klub Mainz-Rheinhessen, der KONEKT Rhein-Main sowie der aktiv vernetzten Mainzer Wirtschaft ein starkes Zeichen für Zusammenarbeit, Innovation und die länderübergreifende Vernetzung des Mittelstands gesetzt.

Nachdem die MIT Rheinland-Pfalz bereits am 10. Januar in Mainz gemeinsam mit Gordon Schnieder zu einem Neujahrsempfang eingeladen hatte, folgte nun der bewusst länderübergreifend angelegte gemeinsame Empfang. Über 500 Gäste waren der Einladung gefolgt – mehr als 400 davon aus Mainz sowie rund 50 weitere aus dem übrigen Rheinland-Pfalz.

Gemeinsam zukunftsfähige Perspektiven entwickeln

Der Abend machte eindrucksvoll deutlich: Rheinland-Pfalz und Hessen verbindet mehr als der gemeinsame Wirtschaftsraum Rhein-Main. Die Länder sind geprägt durch eine lange gemeinsame Geschichte, enge wirtschaftliche Verflechtungen und vielfältige persönliche Beziehungen. In dieser besonderen Nachbarschaft liegt eine große Chance, die Kräfte des Mittelstands über Ländergrenzen hinweg zu bündeln und gemeinsam zukunftsfähige Perspektiven zu entwickeln.

Der Spitzenkandidat für das Amt des Ministerpräsidenten in Rheinland-Pfalz, **Gordon Schnieder**, zog ein positives Fazit: „Der Empfang hat gezeigt: Die Wirtschaft sieht ihre Heimat bei der CDU! Gemeinsam wollen wir unseren Wohlstand sichern. Des-



V.l.n.r.: Gordon Schnieder, Isabell Rahms und Boris Rhein

halb steht für uns fest: Wir wollen keine neuen Steuern und brauchen endlich weniger Bürokratie mit schnelleren Genehmigungen. Für die Fachkräfte von morgen sorgen wir wieder für echte Bildungschancen. Dafür treten wir bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz an.“

Hessens Ministerpräsident **Boris Rhein** unterstrich in seinem Beitrag: „Hessen und Rheinland-Pfalz sind wirtschaftlich, historisch und menschlich eng miteinander verbunden. Wir wollen unsere gute Nachbarschaft weiter intensivieren und aktiv Innovationskraft, Wachstum und Wohlstand vorantreiben.“

Ein weiterer Höhepunkt des Abends war die exklusive Präsentation eines kommunikationsfähigen Service-Roboters durch die Firma SYMBIOSICA aus dem IT Klub Mainz/Rheinhessen. Der Prototyp wurde erstmals außerhalb klassischer Herstellerformate bei einer vergleichbaren Veranstaltung gezeigt und verdeutlichte die Innovationsstärke der regionalen IT- und Technologiebranche.

Darüber hinaus waren weitere Aussteller vor Ort, mehrheitlich aus



V.l.n.r.: Gordon Schnieder, Isabell Rahms und Gereon Haumann

Mainz bzw. Rheinland-Pfalz. Boris Rhein, Gordon Schnieder und die Mainzer Landtagskandidatin Isabell Rahms nutzten die Gelegenheit, die Stände zu besuchen und mit Unternehmerinnen und Unternehmern ins Gespräch zu kommen.

Isabell Rahms hob dabei insbesondere die Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Aufbruchs hervor: „Unsere Wirtschaft braucht eine Verjüngungskur – weniger Bürokratie und mehr Mut zur Innovation. Der Neujahrsempfang hat gezeigt, dass diese Dynamik in Mainz, Rheinhessen und weit darüber hinaus vorhanden ist.“

Die Veranstalter ziehen ein durchweg positives Fazit: Der gemeinsame Neujahrsempfang 2026 hat ein starkes Signal für länderübergreifende Zusammenarbeit, wirtschaftliche Erneuerung und eine gemeinsame Verantwortung für die Zukunft des Wirtschaftsraums Rheinland-Pfalz und Hessen gesetzt.

Starker Auftakt ins neue Jahr: MIT Schleswig-Holstein diskutiert wirtschaftspolitische Weichenstellungen

Kiel. Mit einem eindrucksvollen Neujahrsempfang ist die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Schleswig-Holstein am 28. Januar 2026 in das neue politische Jahr gestartet. Rund 130 Gäste aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kommunen folgten der Einladung ins Hotel Birke in Kiel und unterstrichen damit die hohe Vernetzungs- und Gestaltungskraft der MIT als wirtschaftspolitischer Impulsgeber innerhalb der CDU.

Eröffnet wurde die Veranstaltung durch Stefan Lange, Landesvorsitzender der MIT Schleswig-Holstein. In seiner Begrüßung betonte er die Bedeutung eines starken Mittelstands als Rückgrat der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Gerade in Zeiten globaler Unsicherheiten brauche es verlässliche politische Rahmenbedingungen, weniger Bürokratie und mehr unternehmerische Freiheit. Die MIT werde auch künftig als Brücke zwischen Wirtschaft und Politik wirken und konkrete Lösungsvorschläge einbringen.

Im Anschluss richtete Torsten Albig, Ministerpräsident a. D. und Geschäftsführer External Affairs der Philip Morris Germany GmbH, als Vertreter des Hauptponsors ein Grußwort an die Gäste. Albig würdigte die Rolle der MIT als konstruktive Stimme der sozialen Marktwirtschaft und hob hervor, dass wirtschaftlicher Wandel und industrielle Transformation nur im engen Dialog zwischen Politik, Unternehmen und Gesellschaft gelingen können. Sein Beitrag setzte zugleich ein sichtbares Zeichen für die enge Verbindung zwischen mittelständischer Wirtschaft und politischer Verantwortung.

Höhepunkt des Abends war die Hauptrede von Ministerpräsident Daniel Günther MdL, zugleich Landesvorsitzender der CDU Schleswig-Holstein. Günther spannte einen weiten

Fotos: Amarin Lubnow



V.l.n.r.: Ministerpräsident Daniel Günther, Torsten Albig, Director External Affairs Philip Morris Germany, Landesvorsitzender Stefan Lange und Landesgeschäftsführer Thomas Klömmner

Bogen von der Landespolitik bis zu den aktuellen bundes- und europapolitischen Herausforderungen. Er unterstrich den konsequenten Kurs Schleswig-Holsteins in Richtung digitale Souveränität und Open-Source-Strategien in der Verwaltung, den beschleunigten Infrastrukturausbau, insbesondere bei Verkehr und Glasfaser, sowie die Notwendigkeit umfassender Planungs- und Genehmigungsreformen. Gerade der Mittelstand sei auf verlässliche, schnelle und rechtssichere Verfahren angewiesen.

Zugleich stellte Günther die bereits umgesetzten Entlastungsmaßnahmen für Unternehmen heraus: die Senkung der Stromsteuer, Entlastungen bei Netzentgelten, Bürokratieabbau bei Berichtspflichten sowie steuerliche Investitionsanreize. Diese Maßnahmen seien ein erster wichtiger Schritt, um die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland wieder zu stärken. Weitere Reformen – etwa bei Arbeitszeitregelungen, Sozialleistungen und im Planungsrecht – müssten folgen.

Inhaltlich spiegelte der Abend damit zentrale Forderungen der MIT wider: mehr wirtschaftliche Freiheit, weniger staatliche Überregulierung und eine Politik, die Wachstum ermöglicht statt verhindert. Auch die industriepolitische Resilienz – von



V.l.n.r.: Seyran Papo MdL, Manfred Uekermann MdL, Landesvorsitzender Stefan Lange, Thomas Jepsen MdL, Uta Wentzel MdL, Rasmus Vöge MdL und Patrick Pender MdL

Wasserstoff über Batteriefertigung bis zur wehrtechnischen Industrie – spielte eine wichtige Rolle in den Gesprächen des Abends.

Beim anschließenden traditionellen Grünkohlessen nutzten Gäste aus Unternehmen, Verbänden, Kommunen und Politik die Gelegenheit zum persönlichen Austausch. Gerade dieser direkte Dialog zwischen Entscheidungsträgern aus Wirtschaft und Politik ist ein Markenzeichen der MIT und Grundlage für praxisnahe wirtschaftspolitische Lösungen.

Thomas Klömmner, Landesgeschäftsführer der MIT Schleswig-Holstein, zog ein positives Fazit: „Der große Zuspruch und die inhaltliche Tiefe der Diskussionen zeigen, dass die MIT als Stimme des Mittelstands gehört wird. Wir nehmen aus diesem Abend wichtige Impulse für unsere Arbeit auf Landes- und Bundesebene mit.“

Mit dem Neujahrsempfang hat die MIT Schleswig-Holstein damit ein klares Signal gesetzt: Der Mittelstand bleibt Gestalter der wirtschaftspolitischen Agenda – in Schleswig-Holstein und in ganz Deutschland.

Wir danken ganz herzlich der Philip Morris Germany GmbH, vertreten durch Torsten Albig, für die großzügige Unterstützung und Begleitung unseres diesjährigen Neujahrsempfangs.

Thüringen vibriert in Jena

Jena. Ein starker Auftakt für ein Jahr, das wirtschaftlich wie politisch richtungsweisend werden muss: Der Neujahrsempfang unter Federführung der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Jena machte eindrucksvoll deutlich, wofür der Mittelstand steht – Verantwortung, Innovationskraft und Gestaltungswillen. Wenn an diesem Abend von einem „vibrierenden“ Jena die Rede war, dann nicht als Floskel, sondern als Beschreibung einer Stadt, die von unternehmerischer Energie lebt.

Der Empfang brachte Unternehmerinnen und Unternehmer, Vertreter aus Politik und Ehrenamt sowie zahlreiche Gäste aus Wirtschaft und Gesellschaft zusammen. Im Mittelpunkt standen dabei nicht nur Grußworte, sondern vor allem der offene Austausch über die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Jena und Thüringen insgesamt.

Mittelstand ist das Fundament der regionalen Wirtschaft

Der Kreisvorsitzende Fagus Pauly eröffnete den Abend mit einem klaren ordnungspolitischen Appell. Der Mittelstand, so Pauly, sei das Fundament der regionalen Wirtschaft doch dieses Fundament brauche verlässliche Rahmenbedingungen. Weniger Bürokratie, mehr Planungssicherheit und vor allem schlanke, digitale Verwaltungsprozesse seien zentrale Erwartungen an die Politik. Wirtschaft brauche Freiheit, um investieren, wachsen und Arbeitsplätze sichern zu können.

Einen wichtigen politischen Impuls setzte Stephan Gruhner, Thüringer Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Sport und Ehrenamt. Er unterstrich die Bedeutung einer realistischen und wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik und machte deutlich, wie wichtig es sei, Thüringens Stärken konsequent auszubauen.

Fotos: Jürgen Scheere



Besonders die Photonik wurde als Innovationsmotor hervorgehoben: Mit Leuchttürmen wie Zeiss und einem starken Optik- und High-tech-Cluster verfüge Jena über enormes Potenzial. Wachstum dürfe sich jedoch nicht in Verwaltungsstrukturen erschöpfen – entscheidend seien messbare Wertschöpfung und industrielle Dynamik.

Das Handwerk braucht gezielte Unterstützung

Ein weiteres zentrales Thema des Abends war das Handwerk und die berufliche Ausbildung. Manuela Vogt und Matthias Dröschler machten deutlich, dass Fachkräfte- und Nachwuchsmangel zur Achillesferse des Mittelstands geworden sind. Ausbildung bedeute für Betriebe einen erheblichen Einsatz von Zeit, Personal und finanziellen Mitteln. Um im Wettbewerb mit der Industrie bestehen zu können, brauche das Handwerk gezielte Unterstützung und politische Rückendeckung.

Kontrovers, aber sachlich diskutiert wurde auch die Zukunft der Logistikflächen in Jena, insbesondere die Nachnutzung der ehemaligen Zaland-Halle. Der Abend scheute nicht die ehrliche Frage, ob der einseitige



Fokus auf Logistik langfristig der richtige Weg war – oder ob Jena stärker auf industrielle, innovative und technologiegetriebene Nutzungsperspektiven setzen sollte.

Ein klares politisches Signal setzte zudem die Feststellung, dass es richtig und wichtig sei, das Wirtschaftsministerium in den Händen der Union zu wissen. Nur so, darin waren sich die Redner einig, könne der notwendige wirtschaftspolitische Druck auch auf Bundesebene entstehen. Realpolitik statt Ideologie – dieser Gedanke zog sich wie ein roter Faden durch den Abend. Auch das Bundesvorstandsmitglied Mike Mohring betonte die Bedeutung einer wirtschaftsnahen Politik, die zuhört, versteht und handelt.

Jena bleibt nur dann ein dynamischer Wachstumsstandort, wenn Wirtschaft, Politik und Gesellschaft gemeinsam Verantwortung übernehmen. Der Neujahrsempfang der MIT Jena hat gezeigt: Der Wille dazu ist vorhanden. Jetzt gilt es, ihn in konkrete Entscheidungen und Maßnahmen zu übersetzen.

Ein herzlicher Dank gilt Jürgen Scheere für die großartigen fotografischen Eindrücke, die diesen Abend eindrucksvoll festgehalten haben und dem Autohaus Fischer für das Bereitstellen der Location!

Herausgeber

Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Bundesgeschäftsstelle
Schadowstraße 3 · 10117 Berlin

Redaktion

V. i. S. d. P. für die MIT-Landesverbände:

- Baden-Württemberg: N.N.
info@mit-bw.de
- Bayern: N.N.
mu@csu-bayern.de
- Berlin: Stefan Böhm
stefanboehm@mit-berlin.de
- Brandenburg: Jan Jacobi
info@mit-bb.de
- Bremen: Dipl.-Ing. Thomas Ventzke
info@cdu-bremerhaven.de
- Bremerhaven: Dipl.-Ing. Thomas Ventzke
info@cdu-bremerhaven.de
- Hamburg: Oliver Spatz
oliver.spatz@mittelstand-hamburg.de
info@mittelstand-hamburg.de
- Hessen: Simon Filipp
geschaeftsfuehrer@mit-hessen.de
- Mecklenburg-Vorpommern: Ulrike Mischke
mail@mit-mv.de
- Niedersachsen: Steffen Preugschat
preugschat@mit-niedersachsen.de
- Nordrhein-Westfalen: Stefan Simmnacher
stefan.simmacher@mit-nrw.de
- Rheinland-Pfalz: Helmut Klapheck
helmut.klapheck@mit-rlp.de
info@mit-rlp.de
- Saarland: Dennis Detzler
dennis.detzler@saar.cdu.de
- Sachsen: Andreas Nowak
post@mit-sachsen.de
Andreas Nowak
presse@mit-sachsen.de
- Sachsen-Anhalt: Tobias Schmidt
schmidt@cdufraktion.de
- Schleswig-Holstein: Thomas Klömmer
mit@cdu-sh.de
- Thüringen: Prof. Dr. Regina Polster
mit.erfurt.polster@gmail.com
Rocky Keutterling
R.keutterling@googlemail.com

Verlag und Druck

Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802213
Telefax: 02226 802222
E-Mail: mit-mittelstandsmagazin@ubg365.de

Projektleitung

Sonja Bach-Meiers
E-Mail: verlag@ubg365.de

Redaktion

Gabriele Grabowski
E-Mail: mit-mittelstandsmagazin@ubg365.de

Art-Direktion

UBG, Betriebsstätte Berlin

Titelbilder

MIT NRW / Michael Lübke, MIT NRW,
© 2026 MIT / M. Kandzior, MIT Hamburg,
MIT Hessen, MIT MV, MIT Niedersachsen,
Philipp Ziebart, MIT Rheinland-Pfalz,
Amarin Lubnow, Jürgen Scheere

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung
nur mit Genehmigung der MIT.

MIT Hochtaunus läutet das Wahljahr im Kinopolis ein

Bad Homburg. Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Hochtaunus lud am 30. Januar zu ihrem traditionellen Neujahrsempfang unter dem Motto der bevorstehenden Kommunalwahlen und der Stärkung der Wirtschaftsregion Rhein-Main ein. Der Veranstaltungsort war bewusst gewählt: Im Foyer des Kinopolis Bad Homburg begrüßte die Kreisvorsitzende Claudia Kott 75 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, um gemeinsam das Jahr 2026 zu reflektieren.

Nach dem Auftakt mit Claudia Kott folgte Holger Bellino MdL. Unter anderem schlug er die Brücke zwischen Landespolitik und den bald stattfindenden Kommunalwahlen. Der Abbau bürokratischer Hürden ist ein großes Thema für kleine und mittelständische Unternehmen. Bellino nannte greifbare Veränderungen im Land, darunter Anpassungen der Vergaberegeln: Durch die Erhöhung der Wertgrenzen für Direktvergaben – 100.000 Euro für Dienstleistungen, 750.000 Euro für Bauleistungen – gewinnen die Kommunen mehr Spielraum, was direkt den lokalen Firmen zugutekommt.

Werbung für stabile Mehrheiten

Wenige Minuten vor der Kommunalwahl warnte Bellino vor einer Zersplitterung der Parlamente, die er befürchtet, und warb für stabile Mehrheiten in den kommunalen Vertretungen. „Es macht einen Unterschied, wer regiert“, sagte Bellino und verwies auf eine beeindruckende Bilanz im Hochtaunuskreis, der in der Lage ist, Schulgebäude, die Taunusbahn und internationale Veranstaltungen wie das Tennisturnier in Bad Homburg zu unterstützen.

Anschließend griff Tanja Jost, Mitglied des Hessischen Landtags, das Thema des Abends auf: „Kreativwirtschaft – ein Wirtschafts- und Stand-



Claudia Kott

Foto: MIT Hochtaunus

ortfaktor für die Rhein-Main-Region“. Passend zum Veranstaltungsort im Kino betonte Jost die Bedeutung des Kultur- und Kreativsektors, der längst kein „Nice-to-have“ mehr ist, sondern ein wesentlicher Standortfaktor, der Innovationen vorantreibt und Talente in die Region zieht. Hier gibt es enorme Chancen für die Rhein-Main-Region, die auch politisch weiter vernetzt und gefördert werden müssen.

Der letzte Redner war Markus Koob, MdB und Kreisvorsitzender der CDU Hochtaunus. Er bekräftigte den Kurs seiner Vorredner und motivierte die Anwesenden für den bevorstehenden Wahlkampf. Oberbürgermeister Alexander Hetjes, der ebenfalls anwesend war, sprach zuvor in seinem Grußwort über die Bedeutung einer soliden Wirtschaft für eine starke Gemeinde.

Am Ende des Abends gab es lebhafte Gespräche sowie einen Apéro im Kinofoyer. Die MIT Hochtaunus zeigte sich mit der Resonanz sehr zufrieden: Der Neujahrsempfang bot erneut eine wichtige Bühne, um unternehmerische Praxis mit politischer Gestaltung zu verbinden.

Über die MIT Hochtaunus

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) ist der politische Flügel der Unternehmer, Selbstständigen und Freiberufler innerhalb der Union. Sie setzt sich für die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und für mehr unternehmerische Freiheit ein.